

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52**, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10 Pfg.** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** — Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 123.

Sonnabend, den 27. Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Politische Rundschau.

Wahlkämpfe

Die revoltierenden Sklavhalter. Der Reichstag erlebte am Mittwoch am Schluß seiner Sitzung eine hochbedeutende Szene. Schlot- und Krautjunker, die Bergkämpfer vom Rhein und die Sklavhalter aus Kasubien, Junker und Junkerengenossen, der ganze Janhagel besperrter Büttel und vorurtheiliger Kleinadel, der Nob der Diktowpöbllinge mit seinen streberischen bürgerlichen Mitläufern, die Schwarzer der Grundrente und die Ritter vom viden Gebirg haben zu Gunsten des preussischen Klassenparlamentes gegen das allgemeine Wahlrecht revoltiert. Dieselben Leute, die sich in heuchlerischen Tiraden über das Verhalten der Linken im Bollkampf ergingen, haben zu dem von ihnen so oft verdammten Mittel der Obstruktion gegriffen, um zu verhindern, daß der Reichstag die Reform des Bergrechts in seine Hand nimmt, nachdem das preussische Abgeordnetenhaus dieses seine Unfähigkeit und seinen bösen Willen, so überaus glänzend dokumentiert hat. Eben hat erst die Linke zugelassen, daß der konservative Initiativantrag von Treuenfels, der ein neues agrarisches Bewußtsein fordert, zur Beratung kam, die Rechte hat ihren Dant abgelehnt, indem sie durch Verlesen des Saales das Haus beschuldigen machte, und so verhinderte, daß am Donnerstag die Initiativanträge des Zentrums und unserer Fraktion über das Bergrecht zur Beratung gelangen. Eben hat sich erst der Junkerfreund Pasche beschwert, daß Abgeordnete, die einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben, an dieser Abstimmung dann nicht teilnehmen. Jetzt hat die Rechte recht einem Teil der Nationalliberalen eben unter Paasches Führung dasselbe getan, worüber sie sich zuvor brückerlich gefreut hatte. Wohl möglich, daß durch diese Obstruktion der Staatserhaltenden überhaupt verhindert wird, daß noch vor der Vertagung der Reichstag sich eingehend mit der Bergarbeiterfrage beschäftigt, möglich wäre es ja auch, daß das Zentrum im Landtage an den Konservativen Revanche für ihr Verhalten im Reichstage nimmt und eine Verständigung, wie sie auf Kosten der Bergarbeiter geplant ist, vereitelt. Nach dem bisherigen Verhalten des Zentrums ist aber leider wenig Aussicht dazu vorhanden.

Folgen eines Kaiserwortes. Wilhelm II. soll bekanntlich in Straßburg gesagt haben: „Die jungen Leute müssen mehr herangekriegt werden. Sie müssen tüchtig den Tag über arbeiten, so daß sie abends ordentlich ermüdet sind und bald das Lager aufsuchen, anstatt erschöpfender Vergnügungen nachzugehen.“ Wie nun der „Nordhäuser Btg.“ aus Straßburg geschrieben wird, soll eine der fühlbarsten Folgen der Kaiserrede „sehr strenger und sehr verlängerter, anstrengender Dienst der dort garnisonierenden Soldaten sein.“ Es soll jetzt von früh bis abends gehen! — Da wird jetzt wohl die Liebe zu Kaiser und Reich bei den Straßburger Soldaten einen mächtigen Aufschwung nehmen!

Nun ist ja alles wieder gut Bürgerliche Wätter melden aus Stuttgart: Die Krisis im Flottenverein dürfte auf Grund der Audienz, die dem Präsidenten des Vereins, dem Fürsten zu Salm-Horstmar, gestern vom Kaiser gewährt wurde, als erledigt zu betrachten sein. Die schwebenden Differenzen sind dank der entgegenkommenden Würdigung, die die Darlegungen des Fürsten beim Kaiser gefunden haben, jetzt vollständig ausgeglichen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß daraufhin die Generale Menges und Kelm sich entschließen, ihre Dienste von neuem weiterhin dem Flottenverein zur Verfügung zu stellen. — Die Wogen, die der Sturm im Wasserglase hervorgerufen hat, haben sich rasch geglättet.

Nachwahl in Fürth-Erlangen. Nachdem der Reichstag die Ungesetzlichkeit der von den Konservativen im Wahlkreis Erlangen-Fürth ausgegebenen Stimmzettel, die doppelt so groß waren, wie § 11 des Wahlreglements dies vorschreibt, durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl des freikämpferigen Barbedt gestraft hat, wird eine Nachwahl in diesem Wahlkreis bald ausgeschrieben werden. Bei dieser hat unsere Partei die Möglichkeit, das Mandat, das in der Legislaturperiode 1898-1903 unser Genosse Segitz inne hatte, wieder zu erobern. Die Wahl im Jahre 1903 wies bei der Stichwahl einen festern Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien auf, als im Jahre 1898, wie aus nachfolgender Stimmengabe ersichtlich ist. Im ersten Wahlgang 1898 wurden bei 31368 Wahlberechtigten 21953 Stimmen abgegeben; davon erhielten der Nationalliberale 5541, freikämpferige Volkspartei 4933, Süddeutsche Volkspartei 1345, Bismarckbund 45, Segitz (SD.) 10045; bei der Stichwahl der Nationalliberale 9554, Segitz 12933. Bei der Hauptwahl 1903 gab es 34120 Wahlberechtigte, von denen 26346 wählten. Davon erhielten der Konservative 2866, der Nationalliberale 3637, Zentrum 1351, Barbedt 6448, Segitz 12031; bei der Stichwahl Barbedt 15505, Segitz 13553. Wie aus dem Stimmverhältnis zu ersehen ist,

wird der Wahlkampf ein harter werden; hoffentlich gelingt es aber der Energie unserer Genossen, den Kreis wieder zu gewinnen.

Ein weiser Rabe. In Berlin hatten sich gestern in einer Synodalversammlung wiederum einmal die frommen Verteidiger der Stillschleier zusammengefunden, und Hofsprecher Stöder rief auf zum heiligen Kreuzzug „wider den Schmutz in Wort und Bild“, was aus der biblischen Sprache ins Deutsche übersetzt, nichts anderes bedeutet, als gegen das verhasste Teufelswerk der Kunst. Aber siehe, da erhob sich der Synodale Utteck und sprach: „Die Gefahr der Schmutzliteratur ist gar nicht so groß. (Opa!) Nun, ich kenne das alles praktisch sehr gut und kann sagen, daß meine Moral nicht wankend geworden ist. Seit Jahrhunderten ist in den Händen der Jugend ein Buch mit sehr viel Schmutz (Große Unruhe rechts) und doch hat es auf das Leben des Volkes keinen schädlichen Einfluß gehabt (Große Unruhe rechts), sondern die zahlreichen Goldlöcher darin haben noch immer überwogen. Ich meine die Bibel! (Stürmische Unterbrechung rechts) Laute Pfufe! Barufe: Unerschört, unerschört! Was sagt die Linke dazu? — Ruf von der Linken: Wir beurteilen das ebenso!“ — Der vorlaute Herr mag seinem Herrgott danken, daß seinen geliebten Brüdern in Christo heute die Nacht fehlt, ihn auf dem Holzkreuz schmoren zu lassen. An dem guten Willen dazu fehlt es ihnen schwerlich.

Kolonialfeinden deutscher Soldaten. In den „Bayerischen Neuesten Nachrichten“ wird ein Brief eines Feldartilleristen veröffentlicht, der unter Oberst Reimling mit an dem Kolonialkriege in Südwestafrika beteiligt ist. Es heißt darin unter anderem: „Nach sieben Stunden zwangen wir den Feind zum Rückzuge, was in voller Eile geschah. Wie es heißt, soll Händrik Witbol dabei gewesen sein. Die gefallenen Hottentotten ließen wir liegen, die Leichen werden von Schakalen und Aasgeiern aufgefressen. Das Schlimmste war, daß wir kein Wasser hatten; wir litten fürchterlich unter dem Durst, am meisten die armen Verwundeten. Die Wasserlöcher sind oft von den Schwarzen durch tote Tiere verunreinigt. Auch das Wasser, was wir trinken, stinkt oft und ist schon ganz versauert. Oft fehlt der Kaffee aus, als ob er mit Milch gefochet wäre, denn es ist alles Kaltwasser. Auch ist der Proviant oft knapp, weil es zu beschwerlich ist, ihn heranzuschaffen mit Fiel und Ochsenwagen; oft gehen die Räder bis an die Achsen im Sande. . . . Hier sind am Tage 40 bis 50 Grad (Celsius) Hitze und nachts bis zu 2 Grad Kälte. Man fällt fast aus den Socken, so zerrissen ist alles, wir laufen ziemlich barfuß, viele haben die Sohlen mit Bindfaden angehängen. . . .“ — Das ist ein neuer Beleg dafür, daß der Nachfeldzug in Südwestafrika nichts Verlockendes für die Soldaten bietet.

In dem Prozesse Hilger-Krämer beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Krämer je 150 Mk. Geldstrafe für zwei Verleumdungen. Die Form sei beleidigend gewesen, wenn auch dem Abgeklagten der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zuerkannt werden müsse. Ferner beantragte der Staatsanwalt die Veröffentlichung des Urteils in sämtlichen Saarbrücker Tageszeitungen. — Im ersten Prozeß hatte der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis beantragt. Erkannt wurden damals auf drei Monate. — Sechs Monate Gefängnis damals und 300 Mk. Geldstrafe heute! Diese Gegenüberstellung genügt zur Charakterisierung dieses Prozesses!

Die Reichstagswahl im zweiten badischen Wahlkreis, die ursprünglich auf den 30. Juni anberaumt war, ist mit Rücksicht auf die Ende Juni stattfindende Wandausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die vermutlich auch von vielen badischen Landwirten besucht wird, auf den 7. Juli verschoben worden. — Was die Reichstagswahl mit der Wandausstellung in München zu tun hat, ist nicht recht einzusehen. Die „liberale“ badische Regierung trägt natürlich der Handvoll Agrarier in j der Beziehung Rechnung.

Die „lokalen“ und „vornehmen“ Konservativen. Nachdem die Patrien der Rechten am Schluß der Reichstagsitzung vom Donnerstag durch schleuniges Verlassen des Reichstagsbaales eine Beschlunfähigkeit des Parlaments herbeigeführt haben, redet die brave „Deutsche Tagesztg.“ den Konservativen zu, namentlich auch in anderen Fällen fleißig Obstruktion zu treiben und aus ihrer „lokalen und vornehmen Zurückhaltung“ herauszutreten. — Von dieser „lokalen“ und „vornehmen“ Zurückhaltung der Konservativen ist man z. B. bei Vertagung des bürgerlichen Gesetzbuchs, als es sich hier um den Hasenschadenersatz handelte, nichts gemerkt. Da trieben die Konservativen Obstruktion en gros.

In die Brüche gegangen ist der projektirte Zusammenschluß der Freisinnigen, der Nationalliberalen und der anderen liberalen Strömungen in Nürnberg. Die Nationalsozialen haben den Beschluß an dem Teufelsmehel verloren. Das Kartell war projektirt, um mit vereinten Kräften den Sozialdemokraten in Nürnberg die Landtagsmandate zu entreißen. Der Liebe Mühe wäre vorausichtlich doch vergeblich gewesen. Jetzt ist unseren Nürnberg. r Genossen der Sieg von vornherein sicher.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungsmission des Reichstages beschloß am Donnerstag bezüglich der Wahl des Abg. Präschel von Lindenhofen (Sp.), der im Wahlkreis Liebenwerda-Torgau mit 10263 gegen 7368 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden war, keine Bemerkungen zu veranlassen. — In der Nähe von Saloniki wurde beim Athanas Kloster eine griechische Bande vernichtet; sie ließ 25 Tote auf dem Kampflage zurück. — Wie verlautet, begünstigt Präsident Roosevelt unter den Plänen zur Einschränkung der Abergandnehmenden Einwanderung, die ihm vorliegen und dem nächsten Kongreß unterbreitet werden sollen, besonders den, eine bis zu 25 Dollars steigende Kopfsteuer zu erheben.

Rußland.

In Warschau ist es dieser Tage zu blutigen Schlägereien gekommen. Dieselben waren hervorgerufen durch jüdische Arbeiter, die mit Eigentümern öffentlicher Häuser in Streit geraten waren. Die letzteren sammelten sich und stürzten sich auf die Arbeiter. Vier Personen wurden hierbei getötet. Offiziell werden die Vordemirte als „besserer Teil der jüdischen Bevölkerung“ hingestellt, der das „arbeitscheue jüdische Gesindel“ ausrotten wollte. Offiziell sind, wie Figura zeit, jeder Gemeinheit fähig.

Kalajew wurde in der Schlüßelburger Festung gehängt. Seine letzten Worte waren: „Sagt meinen Genossen, ich sterbe mit Freuden und werde ewig mit ihnen sein.“ Vom Moment der Verhaftung wußte er keinen Augenblick von seinen U.berzeugungen. Er nahm von seiner Mutter den Eid, daß sie um Begnadigung nicht bitten würde. Als er hörte, daß man in der Öffentlichkeit von einer möglichen Begnadigung sprach, schrieb er an den Justizminister: „Als Revolutionärer, der den Prinzipien der Narodnaja Wolja (Partei des Volkswillens) treu ist, betrachte ich es als Pflicht, die Begnadigung abzulehnen.“ Vor dem Tode empfing er einen Priester, aber nur als Privatperson.

Oesterreich-Ungarn.

Mit einem vollen Erfolge hat die Triester Konferenz der österreichischen und italienischen Sozialisten abgeschlossen. Einig und geschlossen stehen unsere deutschen, slavischen und italienischen Genossen dem gemeinsamen Feind gegenüber, wie aus folgende Erklärung der italienischen Sozialisten in Oesterreich hervorgeht: „Die italienischen Sozialdemokraten der abrtatischen Länder und des Trentines erklären, in der parlamentarischen Gruppe der Sozialdemokraten Oesterreichs und nur in dieser Kreis die kräftigste Vertretung der Rechte des italienischen Volkes und der Freiheit vor den Uebergriffen der Regierung, der Oesterreichelnden Kammer gegen die Brüdungen durch die Polizei gefunden zu haben; die italienischen Sozialdemokraten in Oesterreich verdanken es den Genossen Abgeordneten der übrigen Nationen und insbesondere dem Genossen Dr. Ellenbogen, wenn sie den Behörden einen gewissen Respekt vor der Preß-, A.b., Versammlungs- und Koalitionsfreiheit abgerungen haben; die italienischen Arbeiter in Oesterreich verdanken der Unterstützung der Genossen der übrigen Nationen einen großen Teil ihrer Erfolge in der politischen Organisation und im gewerkschaftlichen Kampfe.“ Die Vertretung der verschiedenen Parteioorganisationen in der Exekutive der Konferenz war wie folgt zusammengesetzt: Für die italienische Parteileitung Giovanni Berba und Guido Marangoni; für die österreichische Parteileitung Dr. Viktor Adler, Anton Nemec, Eibin Kristian, Giuseppe Vazzarini, Giovanni Oliva, Valentino Bittoni und Dr. Antonio Piscel; für die ungarische Parteileitung Desider Bokanyi, Emanuel Buchinger und Dr. Adolf Goldner; für die italienische Fraktion Rinaldo Rigola, Dino Rondani, Enrico Ferri und Lontida Bissolati; für die österreichische Fraktion Engelbert Bernerstorfer und Dr. Wilhelm Ellenbogen. Nach kurzer Beratung wurde einstimmig folgende Resolution beschloffen: „Im Einverständnis mit dem Referat des Genossen Bittoni erklärt die Konferenz, daß es nach wie vor die Aufgabe des Proletariats der beiden Staaten Oesterreich-Ungarn und Italien ist, gegen alle Forderungen des Militarismus und gegen alle Formen der militärischen Expansionsbestrebungen einen unermüdblichen Kampf zu führen. Da das Bestreben der österreichischen Sozialdemokratie darauf gerichtet ist, allen Völkern die volle Freiheit der Entwicklung zu sichern, so erkennt sie, konform dem Brünner Programm, das die nationale Autonomie als die Voraussetzung dieser Entwicklung ansieht, die auf die

Herstellung der Autonomie des Trentino gerichteten Bestrebungen als berechtigt an. Ebenso wird sie im Sinne dieses selbst Programms wie bisher und wie insbesondere der Abg. Ellenbogen in der parlamentarischen Debatte über die italienische Unversität im Namen der Partei erklärt hat, die berechtigten und notwendigen Kulturforderungen der Italiener, sowie aller anderen Nationen unterstützen. Die sozialdemokratische Partei in beiden Staaten hat es für ihre Pflicht, dem Mißbrauch nationaler Interessen als Deckmantel für militärische, politischen und kulturellen Expansionen im Parlament und in der Presse mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und wird ihm, ohne sich durch parlamentarische Unzulänglichkeiten irreführen zu lassen, die einzig wahre nationale Politik des Proletariats, die in der Förderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung aller Nationen besteht, entgegenstellen. Schließlich fordern die versammelten Exekutiven des italienischen Proletariats diesseits und jenseits der Grenzen auf, seine organisatorische Arbeit, die es mit dem Proletariat aller Länder verknüpft, im Sinne des Klassenkampfes unbeeinträchtigt fortzusetzen. Den diplomatischen Intrigen und dynastischen Ambitionen auf beiden Seiten steht die Sozialdemokratie die Solidarität des Proletariats von Italien mit dem aller in Oesterreich, Ungarn lebenden Nationen entgegen.

Wichtiges und Neues.

Nach einem unbefestigten Gerücht sollen die feindlichen Flotten im Süden von Formosa zusammengebrochen und die Japaner geschlagen worden sein. Würde diese Nachricht zutreffen, dann hätten ebenfalls die Russen schon Siegesnachrichten in die Welt gesetzt.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Abbeder Volksbote“

Berlin, den 25. Mai 1905.
192. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstag: Dr. Stübel.
Erster Punkt der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Uebernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen (Kamerun).

Schwarz (Lp.) beantwortet den Kommissionsantrag, welcher empfiehlt für 11 Millionen Mark eine Sprozentige Garantie zu übernehmen.

Lebehour (Sd.): Diese Vorlage sieht allerdings den Bau der Bahn durch eine Aktiengesellschaft vor, bürdet aber den Steuerzahlern des Reichs das ganze finanzielle Risiko auf und verlangt auch, daß das Reich allein die Gefahr trägt, die der Bau einer solchen Bahn mit sich bringt. Die eingeborene Bevölkerung in Kamerun ist imstande, ein Heer von 100000 Mann aufzubringen. Will man denn nun jetzt durch den Bau einer Bahn und durch große Landkonzessionen auch den Kaufmann aufregen? Man könnte es leicht erleben, daß man dadurch in Kamerun einen Aufstand bekommt, gegen den der Pottentotten- und Hereroaufstand das reine Kinderspiel ist. Neuerst bedenklich sind auch die großen Landkonzessionen, die der Kamerungesellschaft gemacht werden sollen; denn dieses Land hat nach den niedrigsten Schätzungen einen Wert von 21000 Mark. In Wirklichkeit ist der Wert aber viel höher, denn die Gesellschaft wird besonders das Land bei den Stationen später zu hohen Preisen verkaufen. In Südwestafrika haben wir es ja auch schon erlebt, daß den Gesellschaften zunächst wüsten Land geschenkt wurde und daß diese es später als teures Bauland an das Reich wieder verkaufen. Soll sich dieser Vorfall in Kamerun wiederholen? Das Land, das der Gesellschaft überwiesen wird, ist das wertvollste Objekt, welches sie erhält. Wir sind prinzipielle Gegner der Landüberweisung überhaupt, weil wir meinen, daß, nachdem das Reich sich einmal Kolonien angeeignet hat, die Negier für die selbständige Kultivierung des Landes erzogen werden müssen. Die Zuweisung von Land an Landgesellschaften führt aber dazu, die Eingeborenen von ihrem Land zu trennen. Die Westkammerungsgesellschaft hat den ihr überwiesenen Landkomplex in der rücksichtslosesten Weise ausgenutzt und die Eingeborenen ausgebeutet. Selbst in dem Schoße der Kommission haben sich Stimmen für die Verdrängung der Negier von ihrem Grund und Boden ausgesprochen, und man hat gemeint, es genüge, wenn den Eingeborenen ein Reservatgebiet angeboten würde. Wenn solche Anschauungen selbst am grünen Holz der Kolonialpatrioten entstehen können, was müssen wir dann von den Beamten in Kamerun erwarten? Auch der Gouverneur von Kamerun, Herr v. Büttner hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es genüge, wenn den Eingeborenen ein Stück von 2 Hektaren für die Familie zuweist. Das ist absolut ungenügend. Die Schätzung, wie viel Land notwendig ist, hängt ganz ab von den verschiedenen Persönlichkeiten. Ein Beispiel, wie unheimlich Persönlichkeiten in den Kolonien wirken, bildet der General von Trotha, der auf die Hauptlinge sogar Preise ausgesetzt hat, und damit direkt zu ihrem Mordmord auffordert. — Der Abg. Lattmann beantragt, den Eingeborenen Reservatrechte einzurichten. Nun hat aber der Kolonialdirektor in der Kommission erklärt, daß das Stammesland der Eingeborenen nicht weggegeben werden dürfte. Daher kann der Antrag Lattmann nur schädlich wirken. Ich bitte, seinen Antrag zurückzuziehen. Wir verwerfen aber die ganze Vorlage, denn selbst die begeistertsten Kolonialfreunde müssen einsehen, daß das Reich zu Gunsten einiger Kapitalisten durch sie ausgebeutet wird. (Lebh. Beif. b. d. Soziald.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die Einwohnerzahl von Kamerun steht fest; eine schwer glaubliche Schätzung geht auf 7 Millionen. Der Durchschnitt der Eingeborenenreserve beträgt nicht 2, sondern 4 Hektar pro Hütte. In Zukunft soll Eingeborenenland nur mit Erlaubnis des Gouverneurs an Nichtingeborene weggegeben werden. Es besteht keine Verpflichtung für die Nordwestkammerungsgesellschaft, die Bahn von der Küste bis zu ihrem Konzessionsgebiet zu bauen. Wir werden das Missionswerk auch in Zukunft energisch unterstützen. Um etwaigen Unruhen vorzubeugen, haben wir die Schutztruppen vermehrt und ein Handelsverbot für Gewehre erlassen, das sich auch auf Feuersteingewehre erstreckt. Es ist anzuerkennen, daß Herr Lebehour den Eisenbahnbau wenigstens nicht mehr prinzipiell von der Hand weist. Die Plantagengesellschaften sind außerstande, den Eisenbahnbau aus eigenen Mitteln und auf eigenes Risiko auszuführen. Auch in Deutschland sind doch nirgends die Mittel für den Eisenbahnbau von den Beteiligten aufgebracht worden. An der Bahn existieren nicht nur private, sondern auch öffentliche Interessen. Wir

garantieren doch nur für Zinsen und Amortisationen. Gouverneur v. Büttner hat immer nur die Anwendung der bestehenden Gesetze im Auge gehabt. Ueber die von dem Vordredner getadelte Proklamations des Generals v. Trotha ist die Regierung bisher nur durch Zeitungsnachrichten unterrichtet.

Lattmann (Antif.): Es ist grundsätzlich falsch, den Bau der Bahn einer Konzessionsgesellschaft zu übertragen. Frankreich und England geben derartige Konzessionen nicht mehr und kaufen früher erteilte Konzessionen zurück. Die Handelskammer in Bremen hat dringend vor dieser neuen Konzession gewarnt. Die Nordwestkammerungsgesellschaft sucht sich ein Handelsmonopol zu schaffen. Wenn das Zentrum konsequent wäre, so hätte es nicht dieser Konzessionserteilung zustimmen dürfen. Die Bahntrasse ist sehr lieblich geführt, manche Abschnitte werden von Steuern des Landes direkt für falsch gehalten. Durch die Vorlage wird die Landfrage in neue Gegenden hineingetragen, man sollte daher zuvor diese Frage gründlich und in ganz anderem Sinne als bisher regeln. Ledner begründet einen Antrag zu § 11 der Konzession und verlangt, daß vor der Landkonzession ausreichende Reservate den Eingeborenen erteilt werden. Aber auch mit diesem Amendement ist die ganze Vorlage vorläufig für uns unannehmbar. Es empfiehlt sich, sie bis zum Herbst zu verschieben und bis dahin die nötigen Abänderungen an ihr vorzunehmen. (Beif. rechts und links.)

Geheimer Legationsrat Seitz verteidigt die Bahntrasse.

Rosch (Fp.): Durch die Kommissionsverhandlungen sind unsere Bedenken noch gesteigert worden. Die Reichsfinanzen werden schwerlich, wie Abg. Dr. Baasche meint, besser werden, es steht vielmehr zu befürchten, daß die Handelsverträge, durch die unsere deutsche Industrie ins Ausland getrieben wird, einen verschlechternden Einfluß auch auf die Reichsfinanzen ausüben werden. Wir können nicht, wie der Herr Abg. Schrader, den Wunsch hegen, daß kleine Leute ihre sauer verdienten Spargroschen bei den unsicheren afrikanischen Bahnen anlegen. In bezug auf die Landkonzessionen unterschreiben wir völlig die Ausführungen der Abgg. Lebehour und Lattmann. Die optimistische Auffassung, als ob die Tätigkeit unserer Beamten alle Befürchtungen zerstreuen müßte, können wir nicht teilen. Ein Missionar schrieb ganz richtig, daß die Gesellschaften sich immer für die Herren und die Schwarzen für die Knechte halten. Sie denken: „Unser ist der Grund und Boden, was wir übrig lassen, ist gut genug für die Schwarzen.“ Wir verlangen, daß vor der Lösung der Landfrage keine Landkonzessionen mehr erteilt werden. Die Ausdehnung des Plantagenbaues muß zu einem Maß gegen die Deutschen führen und dieser Maß kann bei der großen Zahl und der großen Macht der Kamerunerstämme zu den schwersten Folgen führen. Die Vorlage bedeutet, daß das Reich alle Pflichten auf sich nimmt und der Gesellschaft alle Rechte läßt. (Sehr richtig! links.) Dabei ist die Vorlage mit einer Eile gefördert worden, die mit der furchtbaren Langsamkeit in schreiendem Widerspruch steht, mit der das preussische Abgeordnetenhaus das Berggesetz hin und hergerirt. Wir verweigern der Vorlage unsere Zustimmung, für die sich ja nicht einmal die glühendsten Kolonialfreunde begeistern können. (Beif. links.)

Dr. Baasche (N.) verteidigt die Vorlage und die Nordwestkammerungsgesellschaft gegen die Angriffe des Abg. Lattmann. Bisher hat die Gesellschaft noch nicht einen Sektor Land wirklich ausgeliefert bekommen. Ich halte es für einen Vorteil, daß die Bahngesellschaft zugleich Handelsgesellschaft ist, weil sie dadurch selbst ein Interesse daran gewinnt, Frachten zu bekommen. Wenn hier und da kleine Trupps Eingeborener nach andern Plätzen abgeschoben werden, so kann ich das als kein Unglück betrachten. Die Eisenbahn ist um so nötiger, als in den betreffenden Gegenden Trägermangel herrscht. (Lebh. Beif. b. d. Natl.)

Frhr. v. Nichtshofen-Damdorf (R.) ist für die Vorlage.

Kolonialdirektor Dr. Stübel teilt mit, daß die Gesellschaft bereit sei, die von der Kommission festgestellte Vorlage als Grundlage für den Eisenbahnbau anzunehmen.

Storz (Süd. Pp.) erklärt sich unter dem Beifall der Rechten für die Vorlage, da an die Erbauung der Bahn durch Privatkapital das Beste sei, die Entwicklung der Kolonie die Bahn dringend erfordere und namentlich die deutsche Textilindustrie großen Vorteil von ihr haben werde.

Erzberger (Z.): Wäre gestern nicht gerade durch die Parteien, die für diese Vorlage sind, eine Beschlußunfähigkeit des Hauses künstlich herbeigeführt worden, so hätten wir Berggesetz und Kolonialbahn sicher noch vor der Vertagung erledigen können. Jetzt wird aber die Vorlage nicht vor Herbst erledigt werden und Herr Lattmann kann sich inzwischen Kamerun selbst ansehen. (Weiterkeit.) Wenn man die Bahn selbst für nützlich hält, so muß man auch den einzig möglichen Weg beschreiten wollen und für die Vorlage stimmen. Wenn Herr Lebehour sich darüber entrüstet hat, daß General v. Trotha einen Preis auf den Kopf Hendrik Wubois ausgesetzt hat, so erinnere ich daran, daß der Mörder des Großfürsten Sergius von dem „Vorwärts“ verherrlicht worden ist. Wir sind entschlossen für Annahme der Vorlage. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Dr. Semler (N.) befürwortet die Vorlage, die er als dringlich bezeichnet.

Berner (Antif.) spricht sich im Sinne des Abg. Lattmann aus.

Dr. Aren dt (Np.): Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht! Kollege Storz hat für und Kollege Lattmann hat gegen die Vorlage gesprochen. Daß die Sozialdemokraten gegen die Vorlage sind, verdenke ich ihnen nicht, bedauere aber, daß sie namentlich Abstimmung beantragen wollen. Morgen ist der Reichstag sicher nicht beschlußfähig. (Hört, hört! links.) Wer diese so notwendige Vorlage hinauschiebt, treibt reaktionäre Wirtschaftspolitik. (Beifall.)

Lebehour (Sd.) kommt auf den Erlaß des General v. Trotha zurück. Die Kolonialverwaltung hat bedauerlicher Weise keinen Anlaß genommen, sich gegen einen solchen Erlaß zu verwahren. Unter keinen Umständen dürfte ein deutscher General Preise auf die Haupter feindlicher Führer aussetzen. Das läuft auf die Dämpfung von Meuchelmördern hinaus. Herr Erzberger machte einen sehr unglücklichen Vergleich, als er auf Kalajew hinwies, der den Großfürsten Sergius getötet hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Kalajew hat einen der schlimmsten Verbrecher in Rußland hingerichtet. (Sehr richtig! b. d. Soz., Unruhe rechts, Glocke des Präf.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich kann nicht dulden, daß von der Tribüne des deutschen Reichstages herab das erhabene Opfer eines Meuchelmörders so heruntergezogen wird. (Eifriger Widerspruch b. d. Soz., Lebhafter Beifall rechts.)

Lebehour (fortfahrend): Wenn man zwischen dem von Schiller verherrlichten Tell und Kalajew einen Ver-

gleich zieht, so muß derselbe zum Vorteil des Letzteren fallen. Die Aufforderung Trothas, die Hauptlinge einzuliefern, kann nun dahin verstanden werden, daß die Eingeborenen aufgefordert werden, die Köpfe ihrer Haupter einzuliefern. Gegenüber solchen durch Geld gebundenen Meuchelmördern ist jeder andere Meuchelmörder ein anständiger Mensch. Wenn Herr Erzberger eine Parole schießen will, dann darf er nicht Kalajew, sondern ein Ballasar Garadin, den Meuchelmörder Wilhelms Schwiegervater, anführen. (Nuse links: Des Schwiegervaters Große Heiterkeit links.) Ich meine natürlich Wilhelm Schwiegervater von Ocaenen, einen Wilhelm den Neffen (erneute Heiterkeit) gibt es in der Geschichte nicht, meistens solchen Wilhelm von Oranien. (Stürmt Heiterkeit links.) Die Ehre des deutschen Namens verdient, daß wenn der Erlaß des Generals v. Trotha richtig ist, sein Urheber unverzüglich abberufen wird. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Erzberger (Z.) will den General v. Trotha in die Schutzhülle nehmen, man müsse aber bedenken, daß derselbe gegenwärtig sich befindet, die sicher weit schlimmeren, als der Großfürst Sergius von Rußland.

Hiermit schließt die Diskussion.

Singer (Sd.) beantragt namentliche Abstimmung über § 1 der Vorlage.

Bachem (R.) schlägt die Verlesung der Namen der Antragsteller vor und empfiehlt für die Zukunft die Drücklegung solcher Anträge.

Präsident Graf Ballestrem: Der Vorschlag erwägenwert, aber bis jetzt nicht geschäftsordnungsmäßig. Ich werde aber die Namen durch den Herrn Schriftführer verlesen lassen. (Weiterkeit.) Der Schriftführer verliest die Namen der sozialdemokratischen Antragsteller. Die Schmeieren sämtlich anwesend zu sein.

Die namentliche Abstimmung über § 1 ergibt 127 Ja, 61 Nein, 11 enthalten sich. Es sind also 199 Abgeordnete b. h. gerade die zur Beschlußfähigkeit nötige Minimalzahl anwesend. (Gr. Heiterk. zumal b. d. Natl.)

Es folgen die weiteren Paragraphen, welche debattiert in nichtnamentlicher Abstimmung angenommen werden. Zu § 11 wird ein Antrag Raab-Lattmann (wirklich Vgg.) angenommen, der vor der Landkonzession an die Gesellschaft die Schaffung von Eingeborenenreservaten vorsieht. Die Abstimmung über den so geänderten § 11 nach Antrag der Sozialdemokraten wieder eine namentliche Abstimmung.)

Präsident Graf Ballestrem (nach erfolgter Abstimmung): Ich muß Ihnen die herrschende Mitteilung machen, daß die Abstimmung über § 1 unglücklich ist, weil ein Abgeordneter aus Versehen 2 Bettel abgegeben hat, was sich bei der Revision herausgestellt hat. Es kommt oft vor, daß Bettel doppelt abgegeben werden, was beim raschen Zählen leicht übersehen werden kann. Das Baum war also schon bei der Abstimmung über § 1 beschlußunfähig. An der jetzigen Abstimmung haben sich beteiligt 195 Abgeordnete, von denen 123 mit Ja, 60 mit Nein gestimmt und 12 sich enthalten haben.

Der Präsident legt darauf aus eigener Machtvollkommenheit die nächste Sitzung fest auf Dienstag 30. Mai 1 Uhr. (Kleine Vorlagen, Wahlprüfungen, Fortsetzung der zweiten Lesung der Kamerunvorlage, zweite Lesung des Börsegesetzes.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Wahl und Nachbargebiete.

Freitag, den 26. Mai.

Die „Ideale“ der Wahlrechtsreformer wurden in der letzten Versammlung des Vaterländischen Vereins von den verschiedenen Bürgerchaftsmitgliedern aus dem stillen Herzensstämmerlein herabgeholt und den paar anwesenden „vaterländischen“ Mannern in längeren und kürzeren Reden zur gefl. Kenntnisnahme unterbreitet. Nicht als ob von den Leuten, die bei der Reichstagswahl so unentwegt für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingetreten vorgeben, ein Gefühl der Scham ob der geplanten Entrechtung eines großen Teils der hiesigen Bevölkerung den Mund geöffnet hätte; nein, durch aus nicht. Ihnen geht die Vorlage noch lange nicht weit genug. Als erster Kämpfer der Reaktion trat Professor Dr. Baethke auf den Plan, der bei der letzten Reichstagswahl beinahe bürgerlicher Mißmach-Durchfallsandidat geworden wäre. (Hoffentlich wird er es das nächste Mal!) Seine Rede gipfelte, nach dem Antzblatt, in folgenden Sätzen: „Seines Erachtens sei es leichtsinnig gehandelt, wenn man den Jenius, den man heute nun einmal habe, wieder freigebe. Im Bürgerauschutz sei gefagt worden, der Bericht der Kommission biete ein Bild der Kraftlosigkeit. Leider ist dem so. Die ganze Verlegenheit aber, in der wir uns befinden, rühre in erster Linie daher, daß wir den Damm, der uns bisher eine sozialdemokratische Mehrheit vom Halbe gehalten habe, nämlich den Jenius, einreißen wollen. Wenn man sich vor einer Sturmflut fürchtet, so pflegt man im praktischen Leben den alten schützenden Damm zu verstärken, nicht aber ihn einzureißen, nur sich auf einen dahinterliegenden, neuen zweiten Damm zu verlassen, den man noch garnicht erprobt habe. Darum sei auch die Streichung des Jenius ein Schritt, den man sich doppelt und dreifach überlegen solle. Habe man diesen Schritt einmal getan, so werde man nie in die Lage kommen, ihn ungeheuer machen zu können. Für wen habe man denn mehr zu sorgen, für die große Masse nicht einmal 1200 Mark versteuernder Sozialdemokraten oder die 700 nationalgefinnte Mitglieder, die bislang treu zur heutigen Gesellschaftsordnung gehalten haben. Seine (Redners persönliche Meinung) gehe deswegen dahin, den Jenius bestehen zu lassen und in der zweiten Abtheilung die Verhältnisse wählen einzuführen. Das also war des Pudels Kern. Jenius- und Klassenwahlen, verschärft durch den Proporz für die zweite Klasse. Brutaler ist noch kein Junker für Volkserrechtung eingetreten; und dabei hing sich dieser Herr gelegentlich noch ein freistimmiges Mäntelchen um. Noch mehr von diesen Professoren: Vaterland, du bist — gerettet! Mit weiteren „Verbesserungsvorschlägen“ unter dem Arm erschien sodann Herr Rudolf Hiel, ein Mann, der in den Generalversammlungen der Ortskrankenkasse, wo die Mehrheit der Vertreter Arbeiter sind, von Humanität förmlich triest. Er hat sich folgendes Projekt ausgedacht: Anstelle der beantragten 2 Klassen sollen deren 4 eingeführt werden. Für die erste Abtheilung hätten solche Bürger das Wahlrecht auszuüben, die ein Jahres Einkommen von 2500 Mk. und weniger versteuernten. Den Bürgern dieser Abtheilung sollten 27 Mandate zustehen. Es sollen ihrer bisherigen Berufstätigkeit nach neun dieser Mandate solchen Bürgern ausfallen, die als selbständige Kaufleute einer handelsgerichtlich eingetragenen Firma als hastende Teilhaber oder Inhaber angehören oder angehört haben, oder als Angestellte gelehrte Kaufleute in solchen Betrieben tätig sind oder tätig waren. Neun weitere Mandate dieser ersten Abtheilung sollen solchen Bürgern ausfallen, die als staatliche oder kommunale

Beamte, Lehrer, juristische Hilfsbeamte und Techniker in staatlichen, kommunalen oder privaten Betrieben für eigene oder fremde Rechnung sich betätigen oder betätigt haben. Die restlichen neun Mandate sollen solchen Bürgern ausfallen, die ihrer Berufstätigkeit nach in gewerblichen Betrieben für eigene oder fremde Rechnung sich betätigen oder betätigt haben. Für die zweite Abtheilung haben solche Bürger das Wahlrecht auszuüben, welche ein Jahres Einkommen von 2500 bis 7500 Mark verzeichnen. Den Bürgern dieser Abtheilung stehen 51 Mandate zu. Dem Verufe nach sollen aus der 2. Abtheilung 18 Mandate solchen Bürgern zufallen, welche in kaufmännischen Betrieben, Niederlagen, Fabrikgeschäften, staatlichen oder kommunalen oder privaten Unternehmen eine kaufmännische Tätigkeit als Geschäftsinhaber oder gesetzlich bestellte Vertreter ausüben oder ausgeübt haben. Weitere 18 Mandate sollen solchen Bürgern der 2. Abtheilung zufallen, welche ihrem Verufe nach sich wissenschaftlich betätigen oder betätigt haben und zwar als Rechtsgelehrte, Theologen, Ärzte, Gymnasial- oder Hauptlehrer öffentlicher oder privater Lehranstalten, Chemiker, Privatgelehrte, Techniker und Angestellte, staatlicher, kommunaler oder privater Betriebe. Die restlichen 18 Mandate sollen solchen Bürgern ausfallen, welche sich in gewerblichen Betrieben betätigen oder betätigt haben. Für die 3. Abtheilung haben solche Bürger das Wahlrecht auszuüben, welche ein Jahres Einkommen von 7500 Mark und mehr verzeichnen und fallen dieser Abtheilung 27 Mandate zu. Hiervon sollen ihrer bisherigen Berufstätigkeit nach solchen Bürgern 9 Mandate ausfallen, welche in kaufmännischen Betrieben, Niederlagen, Fabrikgeschäften, in staatlichen oder kommunalen Betrieben und privaten Unternehmungen eine kaufmännische Tätigkeit als Geschäftsinhaber oder gesetzlicher Vertreter ausüben oder ausgeübt haben. Weitere 9 Mandate der 3. Abtheilung sollen solchen Bürgern ausfallen, welche ihrer Berufstätigkeit nach sich wissenschaftlich betätigen oder betätigt haben, wie für die 2. Abtheilung ausgeführt. Die restlichen 9 Mandate sollen solchen Bürgern ausfallen, welche sich technisch in gewerblichen Betrieben betätigen oder betätigt haben. Für die 4. Abtheilung haben solche Bürger das Wahlrecht auszuüben, welche das Landgebiet bewohnen und fallen dieser Abtheilung, wie bisher 18 Mandate zu. 9 Mandate fallen an solche Landwirte, welche eine eigene Landstelle nicht unter 12 Hektar bewirtschaften oder bewirtschaftet haben und 9 Mandate an solche Bewohner des Landgebietes, welche sich in anderen Verufen betätigen oder betätigt haben. Aus dieser Zusammenstellung ergebe sich, daß in Zukunft die Bürgererschaft aus 126 Bürgern anstatt, wie bisher, aus 120 bestehen werde, doch erscheint diese Abweichung unbedeutend mit Rücksicht auf die Vermehrung, welche die Bevölkerung des Landes erfahren habe. — Man darf die salomonische Weisheit bemerken, die aus jedem Satz dieses Vorschlages spricht. Hier ist die „Gerechtigkeit“ in höchster Potenz zu finden; ob jedoch für die dritte Wählerklasse noch 27 Wähler übrig bleiben — also dieselbe Zahl, die an Mandaten zu vergeben ist — steht noch dahin; zur Uene werden dieselben bei ihrem bekannten „Interesse“ für das Staatswohl sicher nicht kommen. Hauptlehrer Hempel, der anscheinend seine oberrheinische Abstammung — trotz gelegentlicher „liberaler“ Umwandlungen — nie ganz verleugnen kann, ist für die Senatsvorlage. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich dich in der Gesellschaft fehl Landrichter Dr. Meyer — also ein Mann der Rechtsprechung — trat für weitere Volksentscheidung ein, indem er die zweite Klasse noch mehr zu beschneiden wünschte. Drecht, dem betamntlich von Mund in der Bürgererschaft der Vorwurf gemacht wurde, daß er mit bewußten Unwahrheiten operiere, ist für Klassen- und Zensuswahl. Dann kamen noch verschiedene andere Herren zu Wort, die auch an der Vorlage dieses auszusetzen hatten. Das jedoch wurde von niemand hervorgehoben, daß der Senatsantrag mit dem Begriff „Recht“ nichts zu tun hat. Die Debatte zeigte nur, wie der „Liberalismus“ und die „Liberalen“ in Lübeck größtenteils beschaffen sind!

Der Bürgerausschuß erteilte seine Mitgenehmigung einem Senatsantrage, welcher besagt, daß der Baudeputation zur Erbauung eines Unterkunftsbaus auf der Schlutuper Seite der Fähre zwischen Schlutup und Herrenmühl 200 Mk. zur Verfügung gestellt werde. Weiter wird gewünscht, daß am Durchstich bei Schlutup Rettungsgeräte bereit gestellt werden; ein entsprechendes Ersuchen wird an den Senat gerichtet werden. — Die Herstellung eines Radfahrweges und eines 1,5 Meter breiten Klümpelbelages auf der Südseite der Schlachthofstraße lehnte der Bürgerausschuß des hohen Kostenpunktes wegen ab. — Mitgenehmigt wurde ein Senatsantrag, der 18000 Mk. zur Ausführung einer Hauptreparatur des Stellungsböhlens unterhalb der Struckfähre verlangt. Ein weiterer Senatsantrag besagt, daß der Baudeputation für die Ausführung einer Niederdruck Dampf-Heizungs- und Lüftungsanlage für das Katharineum die erforderlichen Mittel mit 39800 Mk. zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutdächlich für die Mitgenehmigung der Vorlage seitens der Bürgererschaft. Dasselbe geschah mit einem Senatsantrag, der wünscht, daß für den Ausbau zweier Denkmäler auf der Gasanstalt nach dem System Goze 53000 Mk. verwendet werden. Bewilligt wurden drei neue Oberlehrerstellen an der Realschule. Der Bericht der Kommission für die Neuordnung der Gehaltsverhältnisse des Schulrats hat ihren Bericht erstattet, der vom Bürgerausschuß mit einigen Abänderungen zur Annahme empfohlen wurde.

Begründet ein Arbeitsversuch die Krankenversicherungspflicht? Zu dieser Frage hat ein höherer Gerichtshof kürzlich Stellung genommen und in dem abgegebenen Urteil nach dem „S. C.“ folgendes ausgeführt: Von einem mangelhaften Arbeitsversuche, der den Erwerb der Krankentassenmitgliedschaft durch den betreffenden Arbeiter ausschließt, kann nur dann die Rede sein, wenn wegen völliger Erwerbsunfähigkeit des Arbeitenden überhaupt keine wirkliche Arbeit mehr geleistet wird. Dagegen verwehrt das Krankenversicherungsgesetz erkrankten Arbeitern durchaus nicht, ihre wenn auch verminderte Arbeitskraft durch Annahme einer Beschäftigung zu verwerten und dadurch die Kassenmitgliedschaft zu erwerben. Dies gilt selbst dann, wenn sie durch die von ihnen übernommene Arbeit ihren Krankheitszustand verschlimmern. Es steht ihnen zwar frei, die Arbeit niederzulegen und von der Kasse, der sie angehören, die Krankenunterstützung einschließlich des Krankengeldes in Anspruch zu nehmen, wenn sie die Arbeit ohne Verschlimmerung ihres Zustandes nicht mehr fortsetzen können. Daraus folgt aber nicht, daß, wenn sie ohne Rücksicht auf die Gefahr der Verschlimmerung ihres Krankheitszustandes eine versicherungspflichtige Beschäftigung übernehmen und wirkliche Arbeit leisten, die Kassenmitgliedschaft von ihnen nichtsdestoweniger nicht erworben werden können. Dies gilt vielmehr nur dann, wenn ihr Gesundheitszustand ihnen eine wirkliche Arbeitsleistung unmöglich macht, wenn sie also völlig erwerbsunfähig sind

und deshalb von einem „Beschäftigten“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes jedoch nicht mehr die Rede sein kann.

In der Stadthalle gelnugte gestern das ebenso effektvolle wie inredlich hohle Sodomische Schauspiel „Sodom's Ende“ unter lebhaftem Beifall zur Ausführung. Die Vorstellung hielt sich auf beachtenswerter Höhe; namentlich Frä. Heineu als Noah verkörperte ihre Rolle mit dem nötigen Geist und der gehörigen Portion Sinnlichkeit; liebreizend und natürlich wurde das Klümpchen durch Frä. De Losca gegeben; gleichfalls tüchtig war die Leistung Frä. Bracco's als Katin. Während im Lebrigen der geniale, verbummelte Willy Janikow durch Herrn Wabberg durchaus angemessen gespielt wurde, so vermißte man jedoch den pathologischen Zug, der dem Schöpfer des Bildes „Sodom's Ende“ insofern seiner Ausschweifungen anhaftet, fast gänzlich. — Morgen gelangt bei halben Preisen „Die Jubiläumsummer“ zur Ausführung.

Die Wassermühle des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 14 Grad.

Im Schutze des Vrodener Ufers. Der Senat beantragt beim Bürgerausschuß, daß die Baudeputation ermächtigt werde, zum Schutze des dem Staate gehörigen Terrains am Gneversdorfer Ufer auf der Strecke vom Seetempel bis zur Vrodener Mole eine 100 Meter lange Uferdecke herzustellen, die Böschung über dem Deckwerk mit Anlagen zu versehen und auf dem oberen Uferende eine Promenade herzustellen, und daß die Kosten im veranschlagten Betrage von 171000 Mk. auf die aus der Staatsanleihe von 1899 zur Verfügung stehenden Mittel angewendet werden. Fehling beantragte, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen. Der Bürgerausschuß stimmte diesem Antrage zu und beschloß in die Kommission sieben Mitglieder zu berufen. In die Kommission wurden gewählt: Blund, Fehling, Dünker, Straß, Dr. Benda, Mitter, Heinsola. (Ersatzmänner: Dr. Vorkamp, Weingenroth, Jäde.)

Hochdruckwasserwerk für die Travemünder Willenbühner. Der Bürgerausschuß hatte in seiner letzten Sitzung über eine Senatsvorlage zu beraten, die verlangt, 1. daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten ermächtigt werde, eine Hochdruck-Wasserwerkungsanlage in Verbindung mit dem Elektrizitätswerk auf dem Gelände der Gasstation in Travemünde mit einem Kostenaufwand von 80000 Mk. aus Anleihemitteln zu errichten; 2. daß der Verwaltungsbehörde behufs Erwerbes des für den Bau des Wasserwerkes in Aussicht genommenen Grundstückes neben der Gasstation an der Gneversdorfer Chaussee das Enteignungsrecht gewährt werde; 3. daß die Erbauung eines für die neue Anlage erforderlichen Magazin- und Brautemwohnhouses an der Bahnhofstraße in Travemünde genehmigt werde; 4. daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten des Recht zum Einlegen der Rohrleitungen in die öffentlichen Travemünder Straßenwege gewährt werde. Auf Vorschlag des Vorsitzers beschloß der Bürgerausschuß die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission von fünf Mitgliedern zu verweisen. In die Kommission wurden berufen: Fehling, Blund, Stahn, Wims, Scharff. (Ersatzmänner: Die und Dr. Benda.) Direktor Hase, der das Projekt ausgearbeitet hat, und dessen Rentabilitätsberechnung gewöhnlich sehr optimistisch gefärbt sind, muß selbst zugeben, daß vorläufig an eine Veräußerung des Anlagekapitals nicht zu denken ist. Die Lübecker Bevölkerung steht also vor der angenehmen Aussicht, aus ihrer Tasche die Wasserversorgung der reichen Travemünder Willenbühner bezahlen zu müssen.

Zur Fischereiausstellung in Altona soll der Fischereiausschuß der Gehl auf Staatskosten entfallen; weiter sollen 8 Fischereimeistern zum Besuche der Ausstellung eine staatliche Beihilfe gewährt erhalten.

pb. Leichenfund. Am 25. d. Mts., nachmittags gegen 5 Uhr, wurde unweit der Struckfähre am stadtheitigen Ufer die Leiche eines in der Nacht vom 7.-8. März d. J. vom Hause fortgegangenen und nicht wieder zurückgekehrten, längere Zeit franten Arbeiters aus der Engelsgrube aus der Trave gezogen. Es dürfte im Fieberwahn verübter Selbstmord vorliegen.

pb. Schwindler. In einem Geschäfte in der Holstenstraße verübte am Mittwoch den 24. d. Mts., abends gegen 7^{1/2} Uhr ein Unbekannter, der ein 20 Mk.-Stück wechselte, dadurch einen Betrug, indem er die Aufmerksamkeit des Wechselnden ablenkte, daß er die Gelegenheit benutzte, um mit dem 20 Mk.-Stück samt dem Wechselgelde zu verschwinden. Der Betrüger ist 35-40 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes lockiges Haar, dunkelblonden nach oben gekrümmten Schnurrbart, rundes Kinn, gesunde Gesichtsfarbe und kräftige Statur. Er trägt graubraunen großkarrierten Jackettanzug, schwarzen steifen Filzhut und führt wahrscheinlich einen schwarzen Handschuh mit silberner Krüde bei sich.

pb. Fahrraddiebstahl. Im April d. Js. wurde vom Flur eines in der Hülstraße gelegenen Hauses ein Fahrrad gestohlen. Als Täter wurde in Schönebeck ein Rahnsschiffer ermittelt, der zur Zeit des Diebstahls sich mit seinem Rahne im hiesigen Hafen aufhielt.

pb. Falsches Geld. In einem Wäckerladen in der Holstenstraße veräußerte am Donnerstag, den 25. d. Mts., nachmittags, eine gutgekleidete Dame, beim Einkauf von Kleinigkeiten ein 50 Centes-Stück, anstatt eines 2 Mark-Stückes. Das Geldstück ist eine Prägung der Republik Haiti.

Kleine Chronik der Nachbargelände. Ein grauliger Fund. Beim Ausladen einer Baggerlunte an Finkenwärder bei Hamburg wurde von Kindern der Kopf eines Menschen gefunden. Die Schute ist bei Niendorf vollgeballert worden. Die Sanitätskolonne hat den Kopf nach der Leichenhalle des Hafentrankehauses gebracht. — Der XIII. Deutsche Fischereitag und der XI. Deutsche Fischereitag haben gestern ihre Versammlungen in Altona abgehalten. — Der Oberleutnant a. D. von Stenglin aus Schwerin hat sich, wie aus Neutrelitz gemeldet wird, aus Schmerzmuth erschossen; er hatte kürzlich auf der Jagd einen Treiber angeschossen, der an den Folgen verstarb, war aber vom Gericht freigesprochen worden.

Hamburg. Ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Auf dem Schiffe „Octavia“, welches im Stranahafen mit Kohlen beladen wird, mußte am Sonnabend der eine Gang Deute ausschleiden, während der zweite Gang weiter arbeitete. Als nun die Schauerleute in einem Boot von Bord fuhren, fehlte der Schauermann Malte Koos. Die Kollegen nahmen an, daß er wohl mit einem anderen Fahrzeug an Land gefahren sei. Das war jedoch nicht der Fall. Der Genannte hatte sich nach dem losen Zwischendeck begeben, sein Jackett angezogen und wollte nun an Deck klettern. Hierbei ist er abgeglitten und zwischen den losen Zwischendeckbrettern in den Unterraum abgestürzt, wo er bestimmungslos liegen blieb. Nach etwa anderthalb Stunden kam der Bergungslücke wieder zu sich und jammerte und rief um Hilfe. Das hörten die noch arbeitenden Kollegen und eilten nach der Unglücksstelle, wo sie den Mann vorfanden. Im

Safenkrankenhause stellt man fest, daß der Genannte einen Hirnbluterguß, einen Aneurysma und eine Zersplitterung der Hirnhäute erlitten hatte. Außerdem muß er auch noch innere Verletzungen erlitten haben. Im Hafentrankehaus hat man den gebrochenen Arm amputiert. Der schwerverletzte Mann ist seinen Verletzungen erlegen.

Altona. Bei der Wahl eines Mitgliedes des Schulkollegiums in der zum Polizeibezirk Altona gehörenden Ostthor-Schulstange-Langensfeld wurde der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Bierverleger Genosse Wilschke, gewählt.

Brunshaupten. In einen Lohnkampf getreten sind die Bauarbeitersleute von Brunshaupten und Arensdsee. Die Arbeitgeber hielten es nicht einmal für nötig, den jetzt streikenden eine Antwort auf ihr Gesuch um Lohnhöhung zukommen zu lassen. Dieses provokante Verhalten konnten die Arbeiter nicht anders deuten, als eine Herausforderung zum Kampfe, die sie angenommen haben. Auf den Sieg können sie natürlich nur rechnen, wenn der Bezug von Arbeitsleuten nach Brunshaupten-Arensdsee strengstens ferngehalten wird.

Lüchow. Ueber ein schweres Sittlichkeitsverbrechen wird aus Braubel, Kreis Lüchow, berichtet, wo vier Dienstknechte eine 15jährige Dienstmagd vergewaltigten. Die Unholde verdienten Beischtenhiebe, bis sie an den Wänden hinaufzogen, bemerkte der „Gann. Courier“ hierzu. Gemach, gemach! Das Altonaer Schwurgericht dachte jedenfalls anders, als es vor allerdings gebildete „Unholde“, keine Dienstknechte, die ein 15jähriges Dienstmädchen in viehischer Weise vergewaltigt haben, freisprach. Und auch das Stader Landgericht denkt offenbar anders, denn es verurteilte den Redakteur des „Volksblatt“ in Harburg, der den Freispruch kritisierte, zu 6 Monaten Gefängnis! Wozu der „Gann. Cour.“ sich hätte, daß man seinen verantwortlichen Redakteur nicht auch auf ein halbes Jahr einsperrt, weil in dem Blatt die vorfindliche Anschauung vertreten wird, daß dergleichen Unholde, die gemeinsam ein 15jähriges Dienstmädchen vergewaltigen, nicht nur Zuchthaus, sondern auch noch Beischtenhiebe verdienen, bis sie an den Wänden hinaufgehen. Der „Gann. Courier“ kann von Glück sagen, daß im vorliegenden Falle keine Freisprechung der Unholde erfolgen und er selbst nicht wegen „Ausreizung zu Gewaltthaten“ bestraft werden wird. Allerdings hat ein „nationales“ Blatt viel vor einem sozialdemokratischen voraus.

Oldenburg. Soldatenmißhandlungen und kein Ende! In dem oldenburgischen Infanterieregiment nehmen nach Mitteilungen uneres Banter Parteiorgans die Mißhandlungen eher zu als ab. Die neueste Nummer des genannten Blattes meldet eine ganze Reihe Mißhandlungsfälle, darunter nicht wenige, die von älteren Mannschaften gegen Rekruten begangen wurden. Wie bürgerliche Blätter melden, hat unser Parteigenosse, der Landtagsabgeordnete Heilmann in Oldenburg, den kommandierenden General des 10. Armeekorps, n. Stühlinger, persönlich von den Soldatenmißhandlungen im 91. Regiment benachrichtigt.

Werte Nachrichten.

Liegnitz. Die Strafkammer verurteilte den Lokomotivführer Köhler wegen fahrlässiger Verbeiführung des Eisenbahnunglücks auf dem Hauptbahnhof Liegnitz — es wurden drei Personen getötet und dreißig verwundet — auf einem Jahr Gefängnis. Der mitangeklagte Marschner wurde freigesprochen.

Stettin. Große Feuersbrunst. Im Dorfe Neuhoft in Pommern vernichtete ein Feuer 33 Wohnhäuser. Es herrscht großes Elend. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Dresden. Der letzte der Löbtauer Verurteilten, der noch im Zuchthause zu Waldheim schmachtete, Paul Zwahr, ist gestern morgen bedingungsweise in die Freiheit entlassen worden.

Dortmund. Eine moderne Flucht. Der Chauffeur der Firma Potter u. Co. ist mit einem Automobil in Werte von 8500 Mk. geflüchtet. Der Strafwagen führt die Nummer X 813.

Köln. Gewerkschaftskongreß. Beim Punkt „Arbeitskammern“ trat gestern Hué als Korreferent für Arbeiterkammern ein, die er vom Standpunkt einer Klassenvertretung fordert. Die Mehrzahl der Diskussionsredner war auf seiner Seite außer den Metallarbeitervertretern Koerster und Reichel. Die Annahme der Gegenresolution in namentlicher Abstimmung ist heute wohl sicher, wenn auch die Stimmen von mehr als 200000 Metallarbeitern stark in die Wagtschale zugunsten Umbreits fallen. — Gestern fand eine Abreise statt.

Frankfurt a. M. Bergmanns Los. Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus St. Johann: Auf der Grube Wuisenthal wurden durch Schlagende Wetter ein Bergmann getötet, vier durch giftige Gase schwer verwundet.

Offenbach. Flammentod. Wie aus Offenbach gemeldet wird, brannten in der dortigen Mühlgasse in der vorletzten Nacht die Gebäude eines Fuhrgeschäftes nieder. Dabei kamen zwei Frauen und drei Kinder um. Ein Feuerwehmann erlitt schwere Verletzungen.

Kaiserlautern. Vier Personen getötet. Die pfälzische Presse berichtet: Auf der im Bau befindlichen Kleinbahn Speyer-Geinsheim ist gestern früh ein Materialzug entgleist. Somit bisher festgestellt wurde, sind 4 Personen getötet worden.

Helmberg. Ein Student als Sittenbrecher. Die Strafkammer verurteilte den stud. jur. Georg v. Czapski aus Bobrowo (Westpreußen), der seit vorigem Wintersemester hier studierte, wegen versuchten Verbrechens (§ 176 Ziffer 3 des Reichsstrafgesetzbuches) zu zwei Monaten Gefängnis.

Münberg. Verfrachte Ordnungsstücke. Die Strafkammer verurteilte den Eigentümer und Redakteur des Organs der bayerischen Konfessionen, Gebert, wegen einer Reihe von Urkundenfälschungen und Betrügereien zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Mühlhausen i. C. Schrecklicher Tod. Die Witwe des kürzlich verstorbenen Gütermüllers Simon Klein, die seither schwermütig war, suchte den Flammentod. Sie legte Feuer in ihrem Hause, nachdem sie ihre zwei Kinder zu Bekannten gebracht hatte. Der Brand wurde leicht gelöscht. Die Frau fand man als vollständig verkohlte Leiche.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Die erste Eisenbahn in Deutschland, die Ludwigsbahn (Münberg-Büsch) wurde am 7. Dezember 1835 eröffnet.

Zu vermieten in Fadenburg (Woi 93) freundliche Wohnung an ruhige Leute, 3 Zimmer, Kammer, Boden, Keller und Stall, jährl. 150 Mk. Näheres daselbst beim Wize Drows u. Fadenburger Allee 16, II.

Ein Logis für einen jungen Mann zu vermieten. Bekkergrube 43, II.

Einfach möbliertes Zimmer zu vermieten. Fischergrube 33.

Gesucht pr. sofort ein Putzmädchen Emilienstraße 4, part.

Gefragt zu sofort ein **Junge** der Eltern die Schule verlassen hat, bei meinem Geschäftswagen Angeh. unter S T an die Expedition des Blattes

1 Kindersitzwagen mit Verdeck billig zu verkaufen. Böttcherstraße 4, I. Etage.

Billig zu verkaufen 1 Sofa u. 1 Waschtisch Hülfstraße 121, 3. Etage.

2 Jahrgänge Berlin. Illustr. Btg. zu verkaufen Friedenstraße 21, II

Aufmerksame und saubere Bedienung. **G. Koch, Friseur.** Wühlstraße 5

Empfehle mein Wasser- u. Haarschneidesealon **Karl Kaehding** Raulstraße 21

Als Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause **Joh. Rahlii, Stapfenstr. 8, I. Etg.**

Feinsten gem. Zucker à Pfund nur 24 Pfg. bei

Hugo Eggerstedt Karpfenstraße 26, Ecke Reichstraße.

Sonntags: **Prima Riegenfleisch** Pfd. junges 30 Pfg. Riege, die gelammt, und 1 tragende. Nur: Sedanstraße 6 a. 1 Stamm echte Minorca 1.6.

Wieder vorrätig sind große **Partie-Post. Herren-Anzüge**, feiner Mohaarverarbeitung, u. sollen von jetzt ab bis zu Pfingsten ohne Ausnahme jed. annehmbaren Preis verkauft werd. Marlesgr. 38. NB. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.



Königsberg. Geheimbund des Zaren
Der Königsberger Prozeß ist jetzt komplett erschienen und in 11 Lieferungen à 20 Pfg. zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 45.



Tiergarten Arnimstraße 51. Angenehmer Familienaufenthalt. Gute Speisen und Getränke zu zivilen Preisen. Großer Tierbestand. Fütterung 6 Uhr. **Eintritt frei.** Kinder ohne Begleitung Erwachsener haben keinen Zutritt. **W. Grammerstorff.**

Geschäfts-Eröffnung. Allen unsern werten Freunden und Bekannten zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir mit dem heutigen Tage in dem Hause **Welter Krambuden 3** ein **Zigarren-Geschäft** eröffnet haben. Jedermann eine prompte und reelle Bedienung zusichernd, bitten wir freundlich um gütigen Zuspruch und zeichnen **Alteber, den 24. Mai 1905.** **Chr. Krieger & Sohn** Inh. Paul Chr. Krieger.

Neue Sendungen erhalten wir in

Herren- u. Knaben-Garderoben und empfehlen billigst, solange Vorrat reicht:

Herren-Anzüge 10.50, 12.00, 14.50, 19.00, 21.00, 27 b. 42 Mk.

Burschen-Anzüge 7.00, 8.50, 9.75, 12, 15, 16.50 b. 23 Mk.

Knaben-Anzüge 1.80, 2.30, 2.70, 3.30, 3.90, 4.50 b. 11 Mk. Sämtliche besseren Anzüge sind auf Mohhaar gearbeitet.

Hüte, Mützen, Kravatten, Wäsche, Regenschirme.

Damen-Blusen 1, 1.40, 1.70, 2, 2.40, 2.70, 3 bis 9.75 Mk. Die noch am Lager habenden **Damen- und Kinder-Jackets** verkaufen wir jetzt für jeden nur annehmbaren Preis.

Ein grosser Posten Gardinen Met. 20, 25, 30, 38, 50, 60, 70, 85 Pfg., 1.00 b. 1.35 Mk. besonders schöne Muster.

Trotz der billigen Preise **Rabattmarken.**

Bahr & Umlandt Inhaber: **Adolf Bahr** 31 Breitestr. 31.

Sonnen- und Regenschirm-Fabrik Eigenes Fabrikat Solide Ausführung **H. Stoppelman** Hülfstraße-Ecke Königstraße Eingang Hülfstraße empfiehlt ihr reich assortiertes Lager

hervorragender Neuheiten der Saison zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Spazierstöcke in großer Auswahl. Werkstatt für Reparaturen und Bezüge.

Gebe grüne **Rabattmarken.** Nehme Bücher in Zahlung.

Neu eingetroffen:

Petroleumkocher, prima Qualität 2 fl. 2.70, 3 fl. 3.85, 4 fl. 5.85 6 fl. 8.50.

Sportwagen 5.00, 7.50, 8.20, 10.50, 14.00 bis 23.00 Mk.

Kinderwagen von heute ab **15 pCt. Rabatt.**

Riesen-Bazar Breitestraße 33. Pietro Cagna. Breitestraße 33.

Böttcherstraße 16. Fernsprecher 348. **M. Lahrtz** Rosenstraße 10. Fernsprecher 348.

Von heute bis Sonntag **Ba. Carbonade Pfd. 75 Pfg.**

Ba. Sauerfleisch gef. Pfund 50 Pfg. Ger. Weizen Pfd. 120 b. 80 Pfg. Kopf und Bein Pfund 20 Pfg. ff. versch. Aufschnitt Pfund von Mk. 1.00 an.

Ba. frische Flehmen Pfund 65 Pfg. weißes Schmalz Pfund 60 Pfg. Jeden Sonnabend von 5 Uhr an: **Seife Quadturst.**

Junge Erbsen 2 Pfund-Dose 50 Pfg. Brech- und Schnittbohnen. Prima Himbeersaft mit Raffinade eingekocht ganze Flasche 90 Pfg. empfiehlt **T. Buhrmann Inhaber: W. Fable.**

Sut-Bazar **H. Stoppelman** Königstraße 73, Eingang Hülfstraße empfiehlt hocheleg. Hüte zu den billigst. Preis. Strohhüte in großer Aus Sport- und Segel-Klub-Mützen. Grüne **Rabattmarken.** Wollene Bücher nehme in Zahlung.

Wo? kauft man jetzt am billigsten einen schneidigen Pfingst-Anzug? **NUR!** in Goldene 33, Breitestr. 33, I. Bei Einkauf eines Anzuges über 15 Mk. eine elegante helle Weste gratis.

Vorzügliche **5- u. 6. Pfg.-Zigarren** **Emil Blöß, Bekkergrube 9.**

Großer Posten Schuhwaren, Hüte, Mützen **Manufaktur, Garderoben** zum 1/2 Preis. **Rud. Kracht** Rakeburger Allee 40.

Bringe meine **Glaschenbierhandlung** in gfl. Erinnerung Bestellungen auf Wauplänen sowie zu Festlichkeiten werden bei soliden Preisen schnellstens ausgeführt. **C. Lehmann, Dankwartsgr. 64.**

Wer gutes und billiges Fußzeug kaufen will, der überzeuge sich von der Tatsache.

Kinderstiefel und Schuhe schon von Mk. 1.00 an Herren-Vor-Calf-Agraffen Mk. 7.25 Herren-Vor-Calf-Schnallen " 7.60 Herren-Hochleder-Agraffen " 5.90 Herren-Hochleder-Schnallen " 5.95 Herren-Zugstiefel, Spaltleder " 3.75 Herren-Agraffen, Spaltleder " 3.90 sowie für größere Knaben u. Mädchen Stiefel in versch. Qual. ebenso billig. **Marlesgrube 38.** NB. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

Markthallenstand 24 empfiehlt sämtliche **Wurstwaren** zu billigen Tagespreisen, sowie morgen Sonnabend den 27. Mai: **Ia. weiche Zervelatwurst** so lange der Vorrat reicht. Pfd. 1.00 Mk., bei Abnahme von 3 Pfd. 95 Pfg.

W. Rahfoth in Firma J. Schlichting 113 Untertrave 113 empfiehlt **Weine u. Spirituosen aller Art** auch im Kleinverkauf in anerkannt vorzüglicher Qualität zu billigsten Preisen

Fünfter Deutscher Gewerkschaftskongress.

(Eigener Bericht des „Lüb. Volksb.“)

Berlin a. Rh., 23. Mai 1905.

Die in der Vormittags-Sitzung beschlossene Fünfzehner-Kommission wird aus folgenden Delegierten gebildet: für das Baugewerbe Paepow und Bringmann; für die Metallindustrie Reichel und Brückner; für die Holzindustrie Veitpart und Winkelmann; für die Bekleidungsindustrie Stühmer und Hübsch; für die Nahrungs- und Genussmittelbranche Oßertag und Heschold; für die graphischen Gewerbe Döblich; für die Bergarbeiter Polorny; für die Fabrikarbeiter Reich; für die Transportarbeiter Schumann und für die übrigen Berufe Mahler (Lebendarbeiter) — Die Kommission zieht sich zurück und konstituiert sich.

Der Kongress wendet sich inwischen der Frage des Heimarbeiterschutzes und der Abschaffung des Koff- und Logiszwanges beim Meister zu.

Stühmer-Berlin (Schneider) erinnert daran, daß der Heimarbeiterschutzkongress dem Gewerkschaftskongress zwei Anträge überwiesen hat: den auf Schaffung einer Kommission zur Beschaffung wirksamen Agitationsmaterials gegen die Heimarbeit und den, alle zwei Jahre einen Heimarbeiterschutzkongress einzuberufen und die Kosten dafür auf die Generalkommission zu übernehmen. Der Redner stellt die Beschlußfassung über diese Anträge anheim. Seinerseits empfiehlt er die folgende Resolution, welche auf die Beschlüsse des Heimarbeiterschutzkongresses bezug nimmt:

„Der Fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt:

Die Forderungen des Heimarbeiterschutzkongresses in Berlin an die Gesetzgebung sind das Minimum dessen, was zum Schutze der Heimarbeiter verlangt werden muß. Es hat den Anschein, daß die Reichsregierung gar nicht gewillt ist, diese Materie gesetzlich zu regeln, weil sie trotz aller Erhebungen bis jetzt dem Reichstage noch nicht einmal einen Heimarbeiterschutz-Gesetzentwurf unterbreitet hat. Die Arbeitervertreter im Reichstage werden aufgefordert, die Regierung fortgesetzt an ihre Pflicht zu erinnern bezw. einen selbständigen Gesetzentwurf einzubringen.

Ferner verpflichtet der Kongress sämtliche Gewerkschaften, nach Kräften alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, eine Besserung der elenden Zustände in den Heimarbeiters-Industrien herbeizuführen.“

Hübsch-Berlin (Lagerhalter): Noch viel gefährlicher als das alte patriarchalische System ist das neue der „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Unternehmer. Dieses neue System in der Großindustrie hat die Gefahr heraufbeschworen, daß eine tiefe Kluft die Elite der Arbeiterklasse von ihrer großen Masse trennt. Der Saarprozeß ist ein gutes Beispiel für die Abhängigkeit der Arbeiter in Unternehmerrwohnungen. Die meisten Größlichen und anderen Wohlfahrts-Einrichtungen haben mit den Unternehmern in Verbindung und dienen ihrem Interesse.

Die Kommission für Beseitigung des Koff- und Logiszwanges schlägt Ihnen daher folgende Resolution vor:

Der Kongress erklärt:
Die Beseitigung und schließliche Beseitigung des Koff- und Logiszwanges liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.

Für die Arbeiter der kleinen Betriebe bildet der bestehende Koff- und Logiszwang die hauptsächlichste Ursache ihrer Mißpändigkeit. Die großen Schwierigkeiten, welche sich bei der Heranziehung solcher Arbeiter zu ihren Berufsorganisationen ergeben, finden ihre Erklärung hauptsächlich in

dem Abhängigkeitsverhältnis, in welches die beim Meister wohnenden Gehilfen zu diesem geraten.

Die Annahme, daß die kleinen Betriebe und damit das Wohnen beim Meister langsam im Abnehmen begriffen sei, wäre schon an sich verfehlt, denn Zwangsbetriebe werden in absehbarer Zeit noch in fast allen Industriezweigen — und sei die Zentralisation der Betriebe im allgemeinen noch so weit vorgeschritten — nebenher weiterbestehen; vor allem trifft dies zu für die mittleren und kleinen Städte. Der Koff- und Logiszwang ist aber keineswegs beschränkt auf die Kleinbetriebe, sondern auch die moderne Großindustrie hat sich dieses veraltete System zu nütze gemacht; die modernen Feudalherren unserer heutigen Industrie, die Bergwerksbesitzer, die großmächtigen Eisen-, Woll- und Lebermagnaten usw. bedienen sich in steigendem Maße der Errichtung von Arbeiter-Wohnhäusern, um sich durch diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ eine abhängige, widerstandsunfähige und billige Arbeitermasse zu sichern.

Die Arbeiterinnen-, die Ledigenhelme, die Arbeiterkolonien und sonstige von sogenannten Größlichen oder humanitären Gesellschaften errichteten und als „Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“ gepriesenen Anstalten wirken, bewußt oder unbewußt, häufig in der gleichen Richtung.

In hygienischer und sanitärer Beziehung entsprechen die vom Unternehmer dem Arbeiter angebotenen Wohnungen in den meisten Fällen nicht den bescheidensten Anforderungen. Vom kulturellen, gesundheitlichen und sittlichen Standpunkte aus ist daher der Koff- und Logiszwang beim Unternehmer zu bekämpfen.

Als die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges empfiehlt der Kongress:

Durch Vorträge in Gewerkschaftsversammlungen und geeignete Artikel in der Presse sind die Arbeiter (selbst über das Kulturwilde und Entwürdigende dieses Systems aufzuklären. Aber auch das konsumierende Publikum ist in Wort und Schrift auf die gesundheits-schädlichen, oft ekel-erregenden Zustände, die sich häufig genug als indirekte Folge des Koff- und Logiszwanges in den Betrieben der Nahrungs- und Genussmittel Industrie ergeben, aufmerksam zu machen. Denselben Zweck haben die von den Berufsorganisationen aufzunehmenden Erhebungen, bei denen auch die Photographie mit Vorteil angewandt werden kann, zu dienen.

Bei jedem Streit von Arbeiterkategorien, bei denen der Koff- und Logiszwang ganz oder teilweise noch vorherrscht, ist die Forderung auf die Beseitigung derselben mit zu stellen.

Schließlich ist auf Grund des vorhandenen und noch zu sammelnden Materials in systematischer Weise die öffentliche Meinung, die Volksvertretung und die Regierung zu beeinflussen, damit eine Aenderung der Gesetzgebung herbeigeführt wird, dahingehend, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und in bar auszuzahlen.

Bis eine endgültige Regelung dieser Materie erfolgt, fordert der Kongress die Gewerkschaftsorganisationen, einschließlich der Gewerkschaftsverbände, auf, für strikte Einhaltung der bestehenden behördlichen, sanitären Vorschriften Sorge zu tragen, beziehungsweise auf Schaffung solcher zu dringen.

Indem der Kongress die Kommission für Beseitigung des Koff- und Logiszwanges mit der Erfüllung aller dieser Aufgaben betraut, erklärt er es als eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Kommission noch fernstehenden gewerkschaftlichen Verbände, soweit deren Angehörige ganz oder teilweise von dem Koff- und Logiszwang mit betroffen werden, dieser beitreten und sie materiell unterstützen.“

Janßon-Berlin begründet den Antrag des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins auf Uebernahme der Kosten der Kommission zur Abschaffung des Koff- und Logiszwanges beim Meister auf die Generalkommission.

Polorn-Hamburg (Barbier) hält diesen Antrag für wichtiger, als die ganze Resolution. Hübsch habe die Aufgabe der Kommission überhaupt sehr weit gefaßt. Zunächst müsse die patriarchalische Form des Koffzwanges beseitigt werden.

Legien-Berlin (Vorsteher) bekämpft den Antrag Janßon, nicht weil er die Bestrebungen der Kommission billigt, sondern weil er fürchtet, daß andere Kommissionen, vor allem die Bauarbeiter-Schutzkommission, mit den gleichen, dann nicht mehr abweisbaren Forderungen auftreten könnten.

Beinisch-Offenbach (Portefeuller) führt Klage über die formalistische Rechtspredung des Reichsgerichts, das zu Heimarbeitern nur diejenigen erklärt habe, die der Disziplin der Arbeitgeber unterliegen. Damit seien alle Portefeuller aus der Reihe der Heimarbeit ausgeschlossen. Redner regt deshalb für die Revision der Gewerbeordnung eine Definition des Begriffs der Heimarbeit an. Redner teilt einen Beschluß seiner Organisation zur Bekämpfung der Heimarbeit mit: daß Heimarbeiter unter 25 Jahren keine Hilfskräfte beschäftigen dürfen.

Dietrich-Breslau (Holzarbeiter) regt gleich Legien an, in der Resolution den Passus über die Forderung auf Abschaffung von Koff- und Logiszwang weniger zwingend zu fassen; es soll nur empfohlen werden, bei Streiks diese Forderung zu stellen. — Für die Arbeiterwohnhäuser der Unternehmer regt Redner an, den Schutz der Menschenrechte gesetzlich zu sichern. Dann sei das schlimmste daran beseitigt. — Vor allem b. streitet der Redner mit aller Entschiedenheit, daß wie Hübsch behauptet, die großen Verbände, insbesondere auch die Holz- und Metallarbeiter, nicht genügend Interesse an der Bewegung zur Beseitigung von Koff- und Logiszwang gezeigt hätten.

Barthele-Adin (Mühlenarbeiter): Nur mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft werden die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie die Pesthöhlen ausröten können, in denen noch jetzt der größte Teil der Nahrungsmittel hergestellt wird. Nur mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft wird sich erreichen lassen, daß die Löhne der Nahrungsmittelarbeiter wirklich, wie die Gesetzgebung fordert, in Reichswährung und in bar ausgezahlt werden.

Hübsch-Berlin (Lagerhalter) erklärt sich mit Legien insofern einverstanden, als die beteiligten Gewerkschaften bereit sind, die gewöhnlichen Kosten der Kommission zu tragen und nur für außerordentliche Ausgaben die Hilfe der Generalkommission in Anspruch nehmen zu wollen. — Für seine Arbeiterwohnungen stelle dem Frh. v. Hehl die Landesversicherungsanstalt Geld zur Verfügung. Das sei ein doppeltes Unrecht gegen die konkurrierenden Unternehmer wie gegen die Arbeiter.

Joseph-John-Hamburg (Handlungsgehilfe) und Weiler-Berlin treten noch einmal für die volle moralische und finanzielle Unterstützung der hier behandelten Bestrebungen durch die Generalkommission ein.

Damit schließt die Debatte.

In der Abstimmung wird die Resolution Stühmer und ein Antrag Weiler-Berlin, beim Bundesrat die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter zu fordern, einstimmig angenommen. Auch die Resolution über den Koff- und Logiszwang wird, nach dem Antrage modifiziert, einstimmig angenommen.

Die Generalkommission wird beauftragt, die Kommission im Bedarfsfalle zu unterstützen und nach Bedarf und Gelegenheit wieder einen Heimarbeiterschutzkongress einzuberufen.

Es folgt als letzter Punkt des Vorstandsberichts das Korrespondenzblatt. Verbunden damit wird Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über das Zentralarbeiterssekretariat.

Zum Korrespondenzblatt liegen nur zwei Anträge vor, der eine wünscht eine Verlesung des Zeitpunktes für die Veröffentlichung des Adressenverzeichnisses. Der Antrag wird nach entgegenkommenden Erklärungen von Legien und

Der Einängige.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

37. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Schatten bewegte sich langsam auf dem Platz vor der Kolonnade auf und ab. Soviel man sehen konnte, war der Ankömmling lang und hager; er schien zu frieren, denn er blieb manchmal stehen, stampfte mit den Füßen den Boden, rieb sich die Hände. Ungebürlich schaute er bald nach der einen, bald nach der anderen Richtung; manchmal nahm er seine Uhr heraus, hielt sie dicht vor die Augen und sündete ein schwedisches Streichholz an, um den Stand der Zeiger zu erkennen.

Dreiviertel elf — niemand weiter zur Stelle. Der Mann begann leise zu fluchen und Verwünschungen auszusprechen. Seine Schritte wurden hastiger, nervöser.

Der andere läßt lange auf sich warten,“ murmelte der Inspektor.

„Wahrscheinlich hat er die verlangte Summe nicht zusammengebracht und kommt heute überhaupt nicht,“ erwiderte Gering.

„Wohl möglich — nun, üben wir uns noch ein wenig in Geduld.“

Elf Uhr — kein Hobalt!

Der einsame Wanderer schien plötzlich den Rat oder die Geduld zu verlieren, er wandte sich der Stadt zu und nahm einen festen Schritt an, der auf seine Absicht, sich nicht länger zum besten halten zu lassen, hindeutete.

„Jetzt ist's Zeit,“ sagte Sartorius, im selben Augenblick einen gelben Pfiff ausstoßend. „Drauf, Gering — kommt der andere nicht, soll uns wenigstens dieser nicht wieder entweichen!“

Alle fünf brachen mit einem Male hervor, auf den überraschten Nachtschwärmer von vier Seiten zugleich heranströmend. Zu ihrem Entsetzen machte dieser gar keine An-

stalt, zu fliehen; entweder überzeugte er sich von der Nutzlosigkeit eines solchen Versuchs oder er entbehrte der inneren Veranlassung dazu. Ruhig und wie verwundert blieb er stehen, als er die dunklen Gestalten auf sich zustürzen sah, nur als der Detektiv ihn rauh bei dem anderen Arm ergriff, schien er ängstlich zu werden und fragte, was man von ihm wollte.

„Sie selbst, verehrter Herr,“ antwortete Sartorius finster.

„Woh? Sie wollen mich berauben — was ich bei mir habe —“

„Wir sind keine Räuber, sondern Polizeibeamte. Herr Kapitän Morelly. Sie sind erkannt, wir warten hier schon seit anderthalb Stunden auf Sie. Keine Ausflüchte — bindet ihm die Hände und dann fort zum Wagen!“

Nun erst wurde sich der so Attakierter der ihm drohenden Gefahr bewußt. „Sie müssen sich in der Person irren, meine Herren,“ hub er höflich, aber im Tone bedehender Entschuldigung an. „Ich heiße weder Morelly noch kenne ich jemand dieses Namens.“

„So? Wie heißen Sie denn?“

„Julius Herzog, ich bin Musiker und wohne in der Birkenstraße.“

„Was tun Sie denn so spät und bei solchem Wetter hier draußen?“

Der Fremde zögerte mit der Antwort. „Ich warte auf jemand,“ versetzte er sodann nicht ohne Belegenheit.

„Das wissen wir — auf wen denn?“

„Auf eine Dame.“

„Auf eine Dame? Sollte diese Dame nicht ein Herr sein und Hobalt heißen?“

„Nein — ihr Name lautet anders —, ich bitte, mir zu gestatten, ihn zu verschweigen.“

„Nach Belieben. Höhere, bringen Sie die Laterne her, leuchten Sie den Herrn einmal an.“

Der angerufene Polizeibeamte schleppte sogleich auf der

Kolonade eine große Blendlaterne herbei, deren Lichtstrahlen er von oben bis unten auf die Gestalt des Unbekannten fallen ließ. Der Inspektor fuhr betroffen zurück, der Anblick entsprach nicht im geringsten demjenigen, auf welchen man ihn vorbereitet. Der Abgefahne stellte sich dar als ein Mobergeder unverfälschten Genres; ein echtes Wigerl im hochgelegenen, funkelnagelneuen Anzug, mit vorn in Schnäbeln auslaufenden gelben Schuhen, einem Hüßchen in Phantasielasson. In der Hand hielt er ein Leiches, kaum die Bezeichnung eines Stodes verdienendes Rohr. Unter der winzigen Kopfbedeckung ringelten sich zierliche schwarze Locken. Ein modischer, vorn offener Kaisermantel umflatterte led die schlanke Figur. Die scharfbläulenden Augen wurden wieder durch eine Brille noch durch Augengläser anderer Art beschattet.

„Kommen Sie einmal her, Gering,“ rief der Inspektor unwirsch. „Da hätten wir doch am Ende bald einen dummen Streich gemacht. Betrachten Sie den Herrn einmal, der sieht allerdings nicht aus wie Ihr Morelly.“

Gering, betroffen, näherte sich dem Gegenstand des allgemeinen Interesses bis auf eine halbe Elle, ihn vom Kopf bis zu den Füßen beleuchtend.

„Da ist freilich nichts, was an Morelly erinnert, als die Gestalt,“ brummte er verdrießlich. „Zudem, Morelly versteht es ausgezeichnet, in allen Farben zu schillern, und es wäre doch sonderbar, wenn sich der Herr gerade für dieselbe Zeit und denselben Platz verabredet hätte. Halten wir ihn vorläufig fest; ist er es nicht, so wird sich seine Harmlosigkeit wohl herausstellen.“

„Ich protestiere gegen eine derartige Behandlung!“ rief der Herr zornig. „Ich bin nicht geeignet, mich wie einen Verbrecher arretieren und einsperren zu lassen — ich bin der Musiker Julius Herzog, der Ihnen dem Namen nach bekannt sein muß — ich habe erst vor vier Tagen bei dem Minister des Innern in einer musikalischen Soiree mitgewirkt und werde über Ihr Verhalten dort Beschwerde führen!“

die Hausfrau nicht haushalten. Nunmehr folgen Darlegungen des Sachverständigen Bergzast Kayler über die Sicherheitszustände der Saargruben. Rechtsanwalt Heine hat dem Gericht eine spezifizerte Statistik überreicht, woraus hervorgeht: Von 1885 bis 1902 sind in der Section Bonn der Knappschafts Berufsgenossenschaft 14076 entzündliche, d. h. schwere und tödliche Unfälle vorgekommen. 1886 entfielen auf 1000 Beschäftigte 5,5, 1896 schon 9,6 und 1902 sogar 14,2 schwere oder tödliche, d. h. entzündliche Unfälle. Darum hat der Angeklagte von enorm gestiegenen Unfällen geschrieben. Der Sachverständige bestätigt die Richtigkeit der Zahlen, aber die Section Bonn, worin auch das Saargebiet liegt, habe nicht die höchsten Unfallzahlen. Mehr solcher Unfälle kamen im schlesischen und im Ruhrbergbau vor. Allerdings in Section Bonn entfielen insgesamt 1902 auf 10000 Beschäftigte 169 entzündliche Unfälle (betrifft nur Steinkohlenbergbau). Im Ruhrgebiet waren es 146, aber im ober-schlesischen 192. Das Saargebiet stand also nicht an der Spitze, wie Krämer behauptet habe. Rechtsanwalt Heine legt dann auch Angaben vor, nach welchen in den Jahren 1901 und 1902 in der Saarbrücker Knappschaftsklasse pro 1000 Mitglieder 131 bzw. 144 wegen Beschädigung bei der Arbeit krank waren. In den übrigen Gewerkschaftsbereichen im Oberbergamtsbezirk Bonn waren aber nur 113 bzw. 97 erkrankt. Demnach brüde die anderen Knappschaftsbereiche mit ihren günstigen Zahlen im Durchschnitt die Zahlen der Unfälle im Saargebiet rechtlich herunter. Andernfalls wird das Saargebiet in der Unfallstatistik mit noch höheren Unfallzahlen angegeben. Der Sachverständige bestätigt die Richtigkeit der von Heine vorgelegten Zahlen. Befragt, welche Ursache die enorme Unfallzunahme habe, führt der Sachverständige diese auf technische Gründe zurück. Ein Versehen der Verwaltung läge nicht vor. Rechtsanwalt Heine bemerkt, dieses Versehen würde auch nicht behauptet. Rechtsanwalt Heine führt aus, der Angeklagte glaube, durch gewerkschaftliche Schulung der Verwalter, die auch berufliche Ausbildung in sich schließt, bessere Sicherheitszustände im Bergbau schaffen zu können. Geheimrat Hilger hält das für undenkbar, daß gewerkschaftliche Organisationen auf die Herabdrückung der Unfallziffer einwirken könnten. Rechtsanwalt Heine entgegnet, das sei Ansichtssache. Jedenfalls stehe fest, daß in den Unfall-sectionen Waldenburg und Bismarck sehr weit unter Durchschnitt Unfälle passierten, was der Sachverständige bestätigt. Aber gerade in den beiden Bezirken ist auch der Bergarbeiterverband am ältesten und prozentual am stärksten organisiert. In der Nachmittags-Sitzung wurde nach Vernehmung weniger wichtiger Zeugen, deren Aussagen sich ebenfalls auf Nachregelungen wegen politischer Verächtigung bezogen, fortgefahren in der Erörterung der von dem Angeklagten angeführten Krankenstatistik. Mit einer Ausnahme, die als Flüchtigkeitsfehler anzusehen ist, bestätigt der Sachverständige auch die Richtigkeit dieser Zahlen. Während 1902 in allen preussischen Knappschaftsklassen durchschnittlich 530 von 1000 Mitgliedern erkrankten, erkrankten von 1000 Saarbergleuten über 600. Auf der Saargrube „Heinrich“ erkrankten 670 pro 1000, auf Grube „Friedrichstal“ 750 pro 1000, auf Grube „Dudweiler“ 870 pro 1000. Der Sachverständige und Geheimrat Hilger erklären diese enorme Krankheitsziffer mit besonderer Klarheit in Verbindung mit der betreffenden Verhältnisse, unter denen sie ausnahmsweise viele Auswärtige befänden. Rechtsanwalt Heine findet diese außergewöhnliche Meinung gerade der Saarbergleute zur Durchführung unbegreiflich. Sanitätsrat Hausmann gibt zu, daß auch andere Gründe als Simulation die enormen Krankheitsziffern schaffen könnten. Damit sind die Erhebungen geschlossen. Nunmehr hält Hilger etwa eine Stunde lang eine Rede zur Rechtfertigung und Voppressung seines Lohnsystems im Saargebiet. Die Ausführungen decken sich mit seinen Ausführungen über dieselbe Sache im ersten Prozeß, worüber die im „Vorwärts“ erscheinende Broschüre „Saarabien vor Gericht“ Seite 53—65 fast wörtliche Auskunft gibt. (Wir verweisen darauf.) Hervorgehoben sei hier nur, daß Hilger jegliche amtliche Dreinstimmung ganz energisch in Abrede stellt. Niemals sei ihm eine amtliche Wahlbeeinflussung zur Kenntnis gekommen. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten sei ein ausgeglichenes. Ausnahmen bestätigen die Regel. Er sei sich bewußt, seine volle Pflicht im Interesse der Arbeiter getan zu haben. Dafür seien ihm die Arbeiter und der Mittelstand sehr dankbar. Seine Kohlenpreise und Lohnpolitik hätten ihm dagegen nicht die Liebe der Großindustriellen und des Finanzministers gewonnen. Was die Arbeitergewerkschaften anlangt, so bekenne er sich offen als energischer Gegner derselben. Sie könnten den Arbeitern nichts nützen, sondern führen nur den Frieden. Dieses Urteil treffe auch auf die sogenannten christlichen Arbeiter zu. Die Gewerkschaften würden denselben Weg gehen wie die anderen. Sie seien schon Knappschaftsvereine geworden. Die Gründer und Förderer der christlichen Gewerkschaften würden ebenso enttäuscht werden wie damals die christlich-katholischen Gönner des Rechtschuttsvereins der Saarbergleute. Dieser wäre auch als christlicher Verein geplant gewesen, aber schon nach wenigen Jahren hätten der Fiskus und die Führer der Zentrumspartei gemeinsam den Rechtschuttsverein niederzukämpfen müssen. (Ein sehr wertvolles Zeugnis für die Gewerkschaftsfreundlichkeit des Zentrums!) Darum mache er, Hilger, keinen Unterschied zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Saarbergleute hätten keinen berechtigten Grund zur Klage. Die Vorwürfe Krämers seien deshalb ungerecht und beleidigend. Nach einer kurzen Pause legte Rechtsanwalt Heine dem Gericht amtliche Lohnstatistiken vor, laut welchen der Durchschnittslohn der Saarbergleute 1891 pro Tag 45 Pf. höher stand wie der der Ruhrbergleute. Zehn Jahre später stand aber der Ruhrbergmannslohn um fast eine Mark höher wie der des Saarbergmanns! 1903 erhielt der Saarbergmann 29 Pf. pro Schicht weniger wie 1891! Nur im Saargebiet hat 1903 der Lohn niedriger gestanden wie 1891. Dagegen liefert der Saarbergmann jährlich für ca. 300 Mt. mehr Kohle wie der Ruhrbergmann. Nach einigen weiteren Erörterungen wird die Beweisaufnahme geschlossen. Mittwoch fand keine Sitzung statt. Donnerstag morgen begannen die Plaidoyers.

Die Koffermacher in Berlin streiken. Am Sonnabend waren die Streikenden sämtlich im Gewerkschaftshaus

verammelt. Kollege Wyher erstattete den Bericht von den Einigungsverhandlungen, welche vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerkegerichts stattgefunden haben. Zu einem Resultat haben diese Verhandlungen wiederum nicht geführt. Während von Seiten der Arbeitnehmer die ursprünglichen Forderungen im Interesse einer Beschäftigung bedeutend reduziert worden sind, waren die Zugeständnisse der Arbeitgeber derartig geringe, daß es nicht möglich war, zu einer Einigung zu gelangen. Die Arbeitszeit, welche zurzeit 54 Stunden pro Woche beträgt, sollte auf 52 Stunden verkürzt werden; zugestanden wurde eine Verkürzung auf 53 Stunden pro Woche. Auf eine Festlegung des Durchschnittsverdienstes von 52 Pf. pro Stunde wollten die Arbeitgeber ebenfalls nicht eingehen. Die Festlegung auf 50 Pf. war das äußerste, was sie zugestehen konnten. Für Lohnarbeiter sowie für solche Hilfsarbeiter, die ein Jahr in der Branche tätig sind, wurde eine Lohnhöhung von 8 Prozent gefordert. Während der Verhandlungen sind die Arbeitnehmer bis auf 6 Proz. heruntergegangen. Bewilligt wurden 5 Proz., aber nur für solche Arbeiter, welche noch nicht den Lohn von 20 50 Mt. hatten, sowie für Hilfsarbeiter, welche mindestens zwei Jahre in der Branche tätig sind. Für Altkorbarbeiter der Holz- und Holzstoffbranche forderten wir einen Lohnzuschlag von 5 Proz., während von Seiten der Arbeitgeber 2 1/2 Prozent geboten wurden. Die Altkorbarbeiter der Handstoffmacher, die geduldeten Branche des ganzen Berufs, sollten eine Steigerung von 12 1/2 Proz. erfahren. Ganze 5 Proz. boten die Arbeitgeber. So schwer es der Kommission auch wurde, war man auch hier, um ein Scheitern der Verhandlung zu verhüten, bis auf 8 Proz. heruntergegangen. Endlich ist kein Resultat zustande gekommen. Die Versammlung erklärte sich mit der Haltung ihrer Kommission einverstanden. Sämtliche Redner bezeichneten die Zugeständnisse für zu gering. Um die Stimmung der Versammlung festzustellen, ließ die Streikleitung eine geheime Abstimmung darüber vornehmen, ob der Streik weiter geführt werden solle oder nicht. 151 stehende Kollegen sind vorhanden, davon stimmten 149 für, und nur 1 gegen die Weiterführung.

Aus Maß und Bett.

Zwei Bessien vor Gericht. Das Martyrium eines dreijährigen Kindes kam in einer Verhandlung vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zur Sprache. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung war der Arbeiter Kohde und dessen Ehefrau angeklagt. Die Angeklagte hatte ein im Jahre 1901 unehelich geborenes Mädchen ihrem eigenen Mann mit in die Ehe gebracht. Das uneheliche Wesen wurde bald der Stein des Anstoßes, es wurde herumgeschoben und mußte die schlimmsten Drangsalierungen erdulden. Schließlich fiel den Hausbewohnern der geradezu erbärmliche Zustand des Kindes auf, da dieses fast bis zum Scheit abgemagert war. Mitleidige Leute setzten sich mit dem Waisenrat in Verbindung, um die kleine dreijährige Gasse Bessien vor dem Schlimmsten zu bewahren, denn die gemütsrohe Mutter, der das Kind im Wege war, hatte geröhrt: „Man wird sie wohl bald abtribbeln“ (Herben). Am 14. Juni v. J. erschien die Waisenspielerin Frau Maas in der Wohnung der Angeklagten. Ihr fiel nur der schlechte Ernährungszustand des Kindes auf. Einige Tage später wurde sie von einer Hausbewohnerin herbeigerufen, sie solle sich sofort in die Wohnung der Angeklagten begeben und das Kind, welches vor dem geschont worden war, nochmals besichtigen. Als Frau Maas bei den Angeklagten erschien und das Kind sehen wollte, wurde ihr dies verweigert. Sie holte sich deshalb auf der Polizeiwache Schutz und erschien nach einiger Zeit in Begleitung eines Schuhmanns wieder vor der Köpferischen Wohnung. Nunmehr erhielt sie Einlaß. Sie fand das Kind in einem geradezu entsetzlichen Zustande. Der ganze Körper des dauernd erkrankten Wesens war über und über mit Striemen bedeckt. Lippen, Nase und Zahnfleisch waren aufgeschlagen. Am Körper fanden sich unzählige schmerzhaft eitrige Wunden. Auf dem Gesicht des Kindes befanden sich zwei handtellergroße Brandwunden, die ebenfalls in Eiterung übergegangen waren. Diese rührten von einer ungläublichen Rohheit her. Das Kind war mit dem nackten Gesicht auf einen glühenden eisernen Herd gesetzt worden. Das Kind, das fast starrte und vor Schwäche zusammenbrach, wurde sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, wo es längere Zeit verblieb! Dies konnte jedoch nur unter größten Schwierigkeiten bewerkstelligt werden, da sich die Angeklagten aus guten Gründen weigerten, das Kind im Krankenhaus näher untersuchen zu lassen. Der angeklagte Ehemann spielte der Waisenspielerin hierbei mehrere Male ins Gesicht. Die Beweisaufnahme erbrachte haarsträubende Dinge, in welcher entsetzlichen rohen Weise das arme Kind von seinen Eltern behandelt worden war. Um dem Kinde eine gewisse Unreinlichkeit abzugewöhnen, die wohl jedem Kinde anhaftet, griff die Angeklagte zu folgendem scheußlichen Mittel: Sie stopfte nicht nur in den Mund des Kindes dessen Exkremente, sondern beschmierte noch das Gesicht in der ekelhaftesten Weise. In diesem Zustande mußte das Kind, mit einem Bindfaden an den Wappstößen gebunden, im bloßen Hemd zwei Nächte lang liegen. Ein anderes Mal hatte das Kind zwei Tage lang nichts zu essen bekommen. Die ersten Worte des unglücklichen Kindes an die Waisenspielerin waren: Wasser, Wasser, ich will ja auch ganz artig sein. — Das Schöffengericht verurteilte die beiden Angeklagten auf Grund des vorgezeichneten Sachverhalts zu der überaus milden Strafe von nur je zwei Monaten Gefängnis. Hiergegen legten die Verurteilten unter dem Beistand des Rechtsanwalts Levy Berufung ein. Der Ehemann behauptete, an den Verhandlungen überhaupt nicht beteiligt gewesen zu sein. Der Staatsanwalt behauptete, daß nicht auch von Seiten des Anwalts Berufung eingelegt war, um eine derartig entsetzliche Gefährlichkeit einem schuldlosen Kinde gegenüber mit einer empfindlicheren Strafe zu belegen. Der Gerichtshof hielt es für nicht festgestellt, daß sich auch der Ehemann an den scheußlichen Mißhandlungen beteiligt habe und sprach diesen frei. Gegen die Ehefrau, welche als alleinige Täterin angesehen wurde, erkannte der Gerichtshof auf kostenpflichtige Verwerfung der Berufung unter Beteiligung des ersten Urteils.

Wieder ein Autostrich. Am Donnerstag wurden Mittags auf der Chaussee zwischen Hobergme und Bönigs wasser sieben Personen durch ein Automobil verletzt. An dem Chausseegraben

saßen in der Mittagspause mehrere Arbeiter mit ihren Frauen, als ein Automobil in der Richtung nach Berlin in rasender Geschwindigkeit herangekam. Eine Frau hatte das Essen in einem Kinderwagen befördert und stand an dem Wagen, um das Geschirr herauszunehmen, als der Kraftwagen herangekam, gegen den Korbwagen sich und diesen zertrümmerte. Die Frau wurde über den Chausseegraben hinweg auf das Feld geschleudert. Die Scherben des Geschirrs wurden umhergeschleudert und dadurch sechs Arbeiter verletzt. Einer der Verwundeten, sowie die Frau mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Automobilist kümmerte sich nicht im geringsten um das Unglück, das er angerichtet hatte, und fuhr schnellstens weiter. Wie es heißt, ist es jedoch gelungen, die Nummer des Automobils festzustellen.

Der Militärismus als Giftvergifter. Aus Offenbach wird berichtet: Nicht furchtbar durch die Höhe der Strafe, aber doch folgenschwer in der Wirkung ist ein Strafverfahren, das vor dem Kreisgericht in Offenbach zum vorläufigen Abschluß kam. Der Landwehrmann Willkomm, dem seine nervöse Veranlagung schon viele Strafen von Militär- und Zivilgerichten eingebracht hat, veräumelte — nach seiner glaubhaften Angabe infolge seines durch einen Unfall verstärkten Nervenzustandes — die Kontrollversammlung am 5. April d. Js., vormittags 8 1/2 Uhr, er schloß sich aber dem nächsten Trupp am selben Vormittag 10 1/2 Uhr an und bat den Bezirksoffizier, Major v. Brancanti, um Entschuldigung. Der verhängte einen Tag Mittelarrest und sofortige Abführung. Unglücklicherweise verkehrte sich W., er meinte, auf drei Tage solle er in Arrest kommen und da er erst wenige Tage vorher ein Tapferkeitsgeschloß gegründet, erschien ihm die Strafe verderblich für seinen jugendlichen Geschäftsbetrieb; er bittet um Zurücknahme der Strafverfügung, gerät, als die Bitte abgelehnt wird, in höchste Erregung und läuft schließlich aus dem Exzerzierhaus mit den Worten: „Ihr könnt mir gut sein, ich habe keine Zeit!“ Wiederholte Kuruse des Majors beachtet Willkomm nicht; auf Geheiß des Majors springt der Bezirksfeldwebel zur Torwache der Kaserne, damit Willkomm abgeführt werde. Dieser aber wendet sich fettmächtig und überleitet die Exzerzierhausmänner. Sechs Tage später ist er verhaftet worden. Vor Gericht stellten der bisherige Arbeitgeber und der Hauptwirt dem Willkomm das Zeugnis eines anständigen, zuvorkommenden und sehr fleißigen Menschen aus, bisweilen liege er aber einen Meppel und er sei dann wie geistesabwesend, renne plötzlich von der Arbeit weg und lege sich zwei Tage ins Bett, ohne zu essen und zu trinken. Witter sagen der Arzt Dr. Dauernheim und Oberstabsarzt Dr. Boikerrath aus, es sei wohl glaubhaft, daß W., weil er vor vier Jahren durch einen Schlag eine Schädelverletzung erlitten hat, am Kontrolltag für längere oder kürzere Zeit nicht Herr seines Willens gewesen sei, in einer Art epileptischen Trauma zu sein und sich befunden habe. Beide Sachverständige betonen jedoch: Da W. der Vorgänge bis zum Verlassen des Exzerzierhauses sich erinnert, möge seine freie Willensbestimmung zu dieser Zeit beeinträchtigt gewesen sein, aufgehoben war sie aber erst vom Augenblick des Verlassens des Exzerzierhauses an das Ueberklettern des Mauererinnert sich W. nicht, darin drücke sich aus, daß er bewusstlos und willenlos handelte. Der Vertreter der Anklage beantragte vier Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf zwei Monate und rechnete einen Monat (das ist fast die ganze) Untersuchungshaft an. In der Begründung wird ausgeführt, das Vergehen sei sehr schwer, denn die fortgesetzte Gehorsamsverweigerung habe unter den 300 verurteilten Mannschaften Erregung verursacht und auf die „schlechtesten Elemente“ einen ungünstigen Eindruck gemacht. Aber es sei nicht viel über die gesetzliche Mindeststrafe von 43 Tagen Gefängnis hinausgegangen worden, denn offenbar sei W. krankhaft veranlagt. Unmittelbar die Milderung der Zurechnungsfähigkeit als Strafmilderungsgrund anzunehmen, sei nach Lage der Verhältnisse, die ja wohl in dieser Beziehung reformiert werden würde, nicht angängig. — Es ist immerhin bemerkenswert, daß ein Militärgericht die Notwendigkeit einer derartigen Reform strafrechtlicher Grundsätze betont, der noch manche Sachjuristen sich verschließen. Aber laut spricht doch der Fall gegen bestehende militärrechtliche Bestimmungen. Was ist das für ein Zustand, wenn einem Manne, der statt um 8 1/2 erst um 10 1/2 Uhr zum Verlesen kommt, die ganze bürgerliche Existenz in Frage gestellt werden kann! Tränenden Auges erklärte Willkomm, der Berufung anmelde, aber doch in Haft gehalten wurde, vor Gericht: „Ich hatte fünf Tage vorher ein eigenes Geschäft angefangen, hatte ein Haus zu tapzieren und stand in Gefahr, die Kundschaft zu verlieren. Da kann ein Gesunder um die Bestimmung kommen, wie erst ich als kranker Mann. Für die Zeit ist meine Existenz hin, ich kann wieder tagelöhner gehen!“ Willkomm ist ein Mann, der freiwillig zum Militär ging, und später hat er gern rühmend vom Soldatenleben erzählt. Er ist furiert. Und der Militarismus sorgt für Genossen. . .

Die Geburt Schillers — ein Schlag für seine Vaterstadt. Anlässlich der Schiller-Feiern frisch eine in Stuttgart erscheinende Zeitschrift, „Die Jugendblätter“, eine köstliche Begebenheit aus der württembergischen Abgeordnetenkammer auf. Im Stuttgarter Halbmondssaal stand vor einigen Jahrzehnten die Frage der Erbauung der Bahnlinie Bietigheim-Marbach auf der Tagesordnung. Verschiedene Redner, vom Ministerialrat und aus den Reihen der Abgeordneten heraus, hatten schon für und gegen den Plan gesprochen. Unter allen Abgeordneten fühlte sich begreiflicherweise der Marbach vor anderen berufen, einen warmen Appell an die Kammer zu richten, um aller Herzen dem Wünsch, das seine Vaterstadt so nahe anging, geneigt zu machen. Er war dem Schluss seiner Rede nahe; für die letzten Worte aber hatte er sich den höchsten Trumph vorbehalten, den er jetzt unter nicht beabsichtigter allgemeiner Heiterkeit des Hauses also ausspielte: „Meine Herren! Ich komme zum Schluss! Wenn Sie die Bahn nach Marbach nicht bewilligen — ja, meine Herren, das wäre der schwerste Schlag, der Marbach je getroffen hätte seit der Geburt Schillers!“

Amliche Notierungen der Produktenbörse. Inländisches Getreide. Babek, 24. Mai. Weizen, 126—132 Pfund holl., 168—172,00 Mt. Roggen, 120—126 Pfund holl., 148—155 Mt. Hafer, je nach Qualität, 142—146 Mt. Gerste, je nach Qualität, 145—155 Mt.

Wilh. Bartelt

39 Breitestraße 39

empfeht in großer Auswahl:

Herren-, Knaben- u. Arbeits-Garderoben

zu denkbar billigsten Preisen.

In bekannt guten soliden Qualitäten:

Betten, Bettfedern, Daunenn und Aussteuer-Artikel.

Trotz billigster Preise gebe ich grüne Rabattmarken. Nehme volle Zahlung in Zahlung mit 5 und 10 Mt. Bemerkte ausdrücklich, daß die grünen Marken nicht eingehen.



Zur **213. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie**

empfeht Lose zum planmäßigen Preise.

Heinrich Hagelstein
Waisenhoiftraße 33.

Achtung Schmiede!

Verammlung
am Sonntag den 27. Mai

abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Schneider.
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Als besonders billig und in großer Auswahl empfehle

Grosse Partie in Leibwäsche:

Damen-Hemden

Stück 55 Pfg. bis 2.65 Mt.

Damen-Hosen

Stück 75 Pfg. bis 2.35 Mt.

Piqué-Nachtjacken

Stück 80 Pfg. bis 3 Mt.

Gr. Achselschürzen

70, 85, 1.00, 1.20 bis 2.50 Mt.

Tee-Schürzen

Stück 15, 25, 40, 65 bis 1.75 Mt.

Prima

Blaudruckschürzen

75, 90 bis 1.30 Mt.

1 Part. Korsetts

jezt Stück 1.40 — 1.75

sonst „ 1.85—2.25 2.00—2.75

Kleiderstoffe

in allen Qualitäten, reine Wolle,
Meter von 60, 75, 90 Pfg.,
1.00 bis 3.50.

Gebe grüne Rabattmarken.

Harry Dahm,

Lübeck: Königstr. 89, Ecke Wahnstr. u. Schönkampstr. 6.
Schwartau: Markt 14.

Kleiderstoffe

in Rattan und Baumwolle,
Meter 30, 35, 40, 50 u. 95 Pfg.

Herren-Anzüge

und Arbeiter-Bekleidung

für jeden Beruf,
sehr billig.

Damen-Jackets

unter Preis.
Meine Abteilung

Bettfedern u. Daunenn

u. federdichte Inletts

bietet besondere Vorteile und ist bei

Einkäufen nur zu empfehlen.

Federdichte Inletts

Meter 40 Pfg. bis 3 Mt.

Doppelt gereinigte und entkänbt

Bettfedern

Pfund 35 Pfg. bis 4.00 Mt.

Daunen und 1/2 Daunen

Pfund 1.20 bis 6 Mt.

in neuer tadelloser Ware.

Nehme Bücher

für Mt. 5 und 10 in Zahlung.

Zahn-Atelier

G. Boysen, Schwartzener Allee 7

Billig! Billig!

I. Holländer Käse Pfd. 80

II. do. „ 60

Zistler Fettkäse „ 60

Schweizerkäse „ 60

Zetter Zistlerkäse „ 40

Alter do. „ 30

Holstein. Käse „ 20

Kirschsaft 3l. 30

Speiseöl 3l. 40 u. 70

Senf in Gläsern 18

Marmelade Pfd. 25

Neutraline (Pflanzenbutter) „ 50

Auf 1 Pfund Margarine

2 Pfd. dito 95, 115 und 135

1 Pfund Pfäutchen

1 Paket Baddingspulver

1 Stück Seife gratis.

Ed. Speck, Hügstr. 8

Gesangverein Frohfin

Malente.

Großes Säger-Fest

verbunden mit

Fahnenweihe

am Sonntag den 28. Mai 1905.

Auf dem Festplatze an der Rosenstr.:

Konzert, Festrede, Gesangsvorträge

und Ball.

Anfang 4 Uhr nachm. Eintritt 30 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Einladung zum

Sommerversnügen

verbunden mit

Bannerweihe, Korfahrt, Saal- und

Reisefahren

des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Freiheit“

Schwartau

am Sonntag den 28. Mai 1905

im Lokale des Herrn Piquard.

Beginn der Korfahrt: nachmittag 3 Uhr.

Nachdem Konzert und Ball.

Alle Bundesvereine werden hierzu freundlichst

eingeladen.

Das Komitee.

Stadt-Halle.

Sonntabend: Abonnements-Vorstell. 19.

Zu halben Preisen:

Die Jubiläumsnummer.

Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.

Bogen 1 50, 1 Partett 1,00 Mt.,

2. Partett 50 Pfg.

Sonntag den 28. Mai, 7 Uhr:

Gastspiel Mad. Sarah Bernhardt

mit eigenem Ensemble.

La Dame aux Camélias.

Pièce en 5 Actes d'Alexandre Dumas.

Preise der Plätze 10 Mk., 6 Mk., 5 Mk.,

3 Mk., 1,50 Mk.

Etwas Neues! Etwas Gutes!

Gesundheitskochgeschirr „Hanseat“

aus Stahlblech, innen verzinkt, außen verchromt.
Unzerbrechlich, von unbegrenzter Haltbarkeit,
kein Ausspringen, daher nicht gesundheitsschädlich,
ist im Gebrauch billiger wie alle anderen Kochgeschirre.

Nur allein zu haben in meinem

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Heinr. Rosenberg, Mühlenstraße 10.

2500 Pfund la. Schweizer-Käse

Pfund 40 und 60 Pfg.

Eduard Speck, Hügstraße 80.

Von den im Verlage des „Vorwärts“ unter dem zusammenfassenden Titel „Kulturbilder“ herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen. Dieser Band behandelt:

Die Hohenzollern-Legende

Von Max Maurenbrecher.

Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus wird hier ein Bild des brandenburg-preussischen Staates gezeichnet. Wir sehen ihn entstehen aus der großen Wanderung heimatlos gewordener deutscher Bauern, und wir erfassen die Notwendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritterliche Adel die führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als Fremdlinge ins Land kommen; wie der Adel aus dem Haubritter zum Getreideverkäufer ward. Wir sehen die Knechtung und Ausbeutung der Bauern und die rücksichtslose Niederwerfung der Städte, und wie die Hohenzollern darin dem Adel getreulich halfen.

Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem einzelnen Punkte die Nebel zu zerstoren, die der Volksschulunterricht, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat. Wir fragen bei allen Fürsten zuerst: was hat er als Vertreter der Monarchie für die Kultur, für die Leistungsfähigkeit und das Vormärtskommen seiner Untertanen geleistet? Welchen Klassen und welchen Interessen hat seine Politik gedient? Dabei wird es unser Hauptbestreben sein, zu zeigen, was die unteren Klassen an diesem Fürstengeschlechte gehabt haben. Das Märchen vom sozialen Königtum der Hohenzollern zu zerpfücken und zu zerkaufen, die

Tatsachen der Wirklichkeit, die altentwässert feststehen, diesem Märchen entgegenzustellen, das ist unsere Absicht.

Wir rechnen auf Leser aus allen Kreisen der Arbeiterschaft, die gewillt sind, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren. Aber wir denken noch ganz besonders an die schulentlassene Jugend, die anfängt, ins Leben zu treten. Ihnen hat die Schule noch eben den Kopf voll Dunst und Wehrbrauch geblasen; ihnen in erster Linie soll dieses Werk Befreiung, Klärung, wissenschaftliche Kenntnisse bringen. Es will an seinem Teile helfen, sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu führen.

Auch dieser Band wird gegen 400 Abbildungen und Dokumente aus der Zeit bringen, mit deren Hilfe die Darlegungen des Verfassers anschaulich gemacht, das Interesse für vergangene Zeiten angeregt werden soll.

Der Band erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg.; jede Woche erscheint ein Heft.

Jeder Band der „Kulturbilder“ ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug dieses Werkes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,

sowie deren Kolporteurs und Austräger.